Abschlussbericht der KGSt

Haushaltsanalyse für den Landkreis Oberhavel

Köln, 3. November 2026

Inhalt

1 Auftrag und Vorgehen der KGSt 3

1.1 Ausgangssituation und Auftrag 3

1.2 Ziele und Vorgehensweise der KGSt 3

1.3 Datengrundlage, Methodik und Abgrenzung 4

1.4 Anmerkungen zum Umgang mit den Handlungsempfehlungen 5

1.5 Projektteam der KGSt 6

2 Übergreifende Erkenntnisse der KGSt 7

2.1 Ergebnisse der interkommunalen Benchmarkanalyse 7

2.2 Personalaufwand, Personalmanagement und Verwaltungsstruktur 10

2.3 Wesentliche Kostentreiber und ihre Beeinflussbarkeit 13

2.4 Pflichtige und freiwillige Aufgaben – strategisch konsolidieren 16

2.5 Finanzlage und Finanzsteuerung 19

3 Liste denkbarer Konsolidierungsmaßnahmen 23

4 Anhang 28

Anhang 1: Datengrundlage und Einwohnerzahlen 29

Anhang 2: Produktbereiche je Einwohner:in – Oberhavel und Median 30

Anhang 3: Produktbereiche je Einwohner:in – alle Landkreise 2024 31

Anhang 4: Produktbereiche je Einwohner:in – alle Landkreise 2025 32

Anhang 5: Produktbereiche je Einwohner:in – alle Landkreise 2026 33

Anhang 6: Produktbereiche Oberhavel – absolute Werte 34

Anhang 7: Aufwandsarten je Einwohner:in – alle Landkreise 35

Anhang 8: Weitere Kennzahlen des Gesamtergebnisses 36

Anhang 9: Vergleich nach Trägerform des Jobcenters 37

Anhang 10: Größenklasse – Produktbereiche je Einwohner:in 2026 38

Anhang 11: Größenklasse – Aufwandsarten und Entwicklung 39

Anhang 12: Freiwillige Leistungsanteile laut Haushalt 2026 40

1 Auftrag und Vorgehen der KGSt

1.1 Ausgangssituation und Auftrag

Der Landkreis Oberhavel steht wie viele Kommunen in Deutschland vor der Herausforderung des Haushaltsausgleiches. Die finanzielle Lage hat sich in den letzten Jahren zugespitzt, so dass der Landkreis nun vor der Aufgabe steht, ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. Dazu wird der Landkreis selbst über ein strukturiertes Maßnahmenblatt Konsolidierungsideen aus der Verwaltung abfragen und erfassen.

Der Landkreis Oberhavel ist auf die KGSt zugekommen und hat diese mit der Durchführung eines externen Haushaltsscreenings des eigenen Haushaltes beauftragt. Ziel des Screenings sollte sein, einen interkommunalen Vergleich durchzuführen und mögliche Konsolidierungspotenziale, die von der Verwaltung im dortigen Prozess ggf. nicht adressiert werden, zu identifizieren und in einer Maßnahmenliste tabellarisch zur Verfügung zu stellen.

1.2 Ziele und Vorgehensweise der KGSt

Kernziele des Projektes waren:

- Erarbeitung einer Übersicht mit möglichen (wesentlichen) Optimierungs- und Konsolidierungsvorschlägen für den Haushalt des Landkreises Oberhavel aus Sicht der KGSt.
- Einbindung des Wissens und der Einschätzungen der beteiligten Personen des Landkreises in den Prozess, um organisationsbezogene und zielführende Empfehlungen für den Landkreis zu entwickeln.

Im Rahmen einer Analysephase erfolgte dazu zunächst eine ausführliche Dokumentenanalyse (insb. Haushaltsplan, Jahresabschluss, Summensaldenliste der Produktsachkonten, verschiedene Einzeldokumente). Daneben erfolgte eine interkommunale Benchmarkanalyse mit dem Ziel, den Haushalt des Landkreises Oberhavel in einem interkommunalen Vergleich auf mögliche Anhaltspunkte für eine Optimierung zu untersuchen.

In anschließenden Interviews mit Vertreter:innen der einzelnen Dezernate wurden die Ergebnisse der Dokumentenanalyse plausibilisiert. Im Ergebnis daraus hat die KGSt eine tabellarische Übersicht denkbarer Konsolidierungsvorschläge erarbeitet – zugeschnitten auf die konkrete Situation des Landkreises Oberhavel.

Zur besseren Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse der KGSt wird nicht nur die Tabelle denkbarer Konsolidierungsvorschläge inklusive einer kurzen Beschreibung zur Verfügung gestellt. Die KGSt stellt zudem die Ergebnisse der Benchmarkanalyse sowie übergreifende Erkenntnisse, die sich aus der Analyse ergeben haben, zur Verfügung.

Ausdrücklich <u>nicht</u> Gegenstand des Projektes war folgender Aspekt:

- Konkrete analytische Ausarbeitung und Bezifferung der möglichen Konsolidierungspotenziale der verschiedenen Maßnahmen.

1.3 Datengrundlage, Methodik und Abgrenzung

Die KGSt hat ihre Erkenntnisse aus mehreren, voneinander unabhängigen Quellen gewonnen:

- einer Dokumentenanalyse, insbesondere des Haushaltsplans 2026 einschließlich der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung, des Jahresabschlusses 2023, der Summen- und Saldenlisten der Produktsachkonten, der Stellenpläne, der Personalkennzahlen und der Organigramme,
- Gesprächen mit Vertreter:innen der Dezernate, des Leitungsstabs und des Rechnungsprüfungsamtes,
- einer interkommunalen Benchmarkanalyse über alle 14 Brandenburger Landkreise,
- den Erfahrungen der KGSt aus Vergleichsringen und Beratungsprojekten in anderen Kreisverwaltungen.

Die KGSt hat die Erkenntnisse aus diesen Quellen gegeneinander abgewogen, auf Plausibilität geprüft und sich daraus ein eigenes, unabhängiges Bild gebildet. Die Feststellungen und Empfehlungen dieses Berichts geben dieses Gesamtbild wieder. Im Text wird kenntlich gemacht, ob eine Feststellung auf Unterlagen des Landkreises, auf der Benchmarkanalyse oder auf den geführten Gesprächen beruht. Aussagen aus den Gesprächen werden dabei nicht einzelnen Personen zugeordnet.

Benchmarkanalyse

Im Zuge der Erarbeitung dieses Berichts hat die KGSt eine Benchmarkanalyse mit allen 14 Brandenburger Landkreise und sämtlichen Produktbereichen durchgeführt. Grundlage sind die öffentlich zugänglichen Haushaltspläne der Landkreise mit den Ergebnissen 2024 sowie den Planansätzen 2025 und 2026.[1] Für 2024 liegen bei vier Landkreisen festgestellte Jahresergebnisse, bei sieben Landkreisen – darunter Oberhavel – vorläufige Ergebnisse und bei drei Landkreisen nur die Ansätze 2024 vor. Alle Werte sind auf die amtlichen Einwohnerzahlen bezogen.[2] Vergleichsmaßstab ist der Median der 14 Landkreise. Ergänzend vergleicht die KGSt Oberhavel mit den acht einwohnerstärksten Landkreisen (170.000 bis 222.000 Einwohner:innen) und unterscheidet nach der Trägerform des Jobcenters, da sieben der 14 Landkreise – darunter Oberhavel – die Grundsicherung für Arbeitsuchende als zugelassene kommunale Träger wahrnehmen.[3] Die Detailtabellen sind in den Anhängen 1 bis 11 dokumentiert.

Grundlage der Benchmarkanalyse ist für alle 14 Landkreise der jeweils beschlossene Haushalt, für Oberhavel also der vom Kreistag am 25.02.2026 beschlossene Haushalt 2026. Inzwischen liegt der Entwurf eines 1. Nachtragshaushalts 2026 vor, der am 02.12.2026 vom Kreistag beschlossen werden soll. Er verschlechtert das ordentliche Ergebnis 2026 von −11,7 Mio. € auf −44,9 Mio. €.[4] Um die Vergleichbarkeit zu wahren – und da der Nachtragshaushalt noch nicht verabschiedet ist - , bleiben die Benchmarkwerte und die Anhänge auf dem Stand der beschlossenen Haushalte; etwaige Nachträge anderer Landkreise sind

[1] Haushaltspläne der 14 Brandenburger Landkreise (Teilergebnis- und Gesamtergebnishaushalte); Quellenübersicht in Anhang 1.
[2] Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Statistischer Bericht A I 4, Stand 31.12.2024, 31.12.2025 und 30.06.2026.
[3] Kommunalträger-Zulassungsverordnung (KomtrZV), Anlage zu § 1: Havelland, Oberhavel, Oder-Spree, Ostprignitz-Ruppin, Potsdam-Mittelmark, Spree-Neiße, Uckermark.
[4] Landkreis Oberhavel, Entwurf der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2026 (aufgestellt am 27.08.2026), § 1 der Satzung (S. 6) und Gesamtergebnisplan (S. 17). Der Beschluss durch den Kreistag ist für den 02.12.2026 vorgesehen.

ebenfalls nicht berücksichtigt. Wo der Nachtrag Aussagen dieses Berichts wesentlich verändert, weist die KGSt im Text darauf hin (vgl. Abschnitte 2.1, 2.3 und 2.5).

Ein Benchmark zeigt Auffälligkeiten, keine abschließenden Bewertungen. Unterschiede in der Aufgabenorganisation (z. B. Auslagerungen in Gesellschaften, Aufgabenteilung mit den Gemeinden), in der Buchungspraxis und in den Planungsgewohnheiten können die Werte prägen. Ein geringer Zuschussbedarf belegt nicht automatisch eine höhere Wirtschaftlichkeit, ein hoher nicht automatisch eine geringere. Abweichungen vom Median sind daher Anlass für eine vertiefende Betrachtung. Kennzahlenvergleiche zu einzelnen Leistungen und Einrichtungen (z. B. auf Basis von Fallzahlen, Nutzer:innen oder Schüler:innen) waren nicht Gegenstand des Auftrags.

Jobcenter

Der Landkreis Oberhavel nimmt die Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende als zugelassener kommunaler Träger wahr. Die Personal- und Verwaltungskosten des Jobcenters werden zu einem großen Teil (allerdings nicht kostendeckend) über das Verwaltungsbudget des Bundes finanziert. Steuerung, Abrechnung und Prüfung folgen eigenen bundesrechtlichen Vorgaben. Wegen dieses eigenständigen Finanzierungs- und Steuerungsrahmens hat die KGSt das Jobcenter im Rahmen des Haushaltsscreenings nicht vertieft betrachtet. Für die Einordnung der Benchmarkanalyse ist die Trägerform gleichwohl bedeutsam, weil die Aufwendungen des Jobcenters bei zugelassenen kommunalen Trägern im Kreishaushalt abgebildet werden (vgl. Abschnitt 2.1).

Gesundheitsamt

Der Produktbereich Gesundheitsdienste weist im Landesvergleich einen der geringsten Zuschussbedarfe je Einwohner:in auf (2024 Rang 3, Ansatz 2026 Rang 2 von 14).[5] Ein Teil des Personalaufbaus wird aus dem Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst und weiteren Programmen gefördert. Vor diesem Hintergrund hat die KGSt den Bereich nicht priorisiert. Sie empfiehlt jedoch, die Folgekosten geförderter Stellen nach Auslaufen der jeweiligen Förderung frühzeitig in der mittelfristigen Planung abzubilden.

1.4 Anmerkungen zum Umgang mit den Handlungsempfehlungen

Bevor in den kommenden Abschnitten die Projektergebnisse im Detail vorgestellt werden, weist die KGSt zunächst auf folgende Punkte hin:

- Die Empfehlungen erfolgen aus externer Sicht und sind damit vollkommen weisungs- bzw. personenunabhängig. Sie geben dem Landkreis Oberhavel einen Impuls für die zukünftige Weiterentwicklung, ohne Kritik an handelnden Personen zu üben.
- Weder die Reihenfolge noch die Umfänglichkeit der Empfehlungen lassen einen Rückschluss auf die Wichtigkeit bzw. die Dringlichkeit ihrer Umsetzung zu.

[5] KGSt-Benchmarkanalyse, vgl. Anhang 2 (Oberhavel im Vergleich zum Median) sowie Anhänge 3 bis 5 (alle Landkreise). Werte 2024: Jahresergebnis, vorläufiges Ergebnis bzw. Ansatz 2024 laut Haushaltsplänen, für Oberhavel vorläufiges Ergebnis 2024; Werte 2025 und 2026: Planansätze (vgl. Anhang 1).

Die KGSt empfiehlt dem Landkreis Oberhavel aufgrund der Vielzahl der Empfehlungen, einen offenen und transparenten Priorisierungsprozess durchzuführen, um die Umsetzung der Projektergebnisse mit dem Geschäft der laufenden Verwaltung in Einklang zu bringen. Dazu sollten die Maßnahmen (sofern erforderlich) noch intensiver betrachtet und analysiert und ggf. in einem strukturierten Maßnahmenblatt abgebildet werden. Ziel sollte es sein, ein Maßnahmenpaket zur politischen Beschlussfassung vorzulegen und nicht über kleinteilige Einzelmaßnahmen zu entscheiden.

Bei der Entscheidung, welche Empfehlungen in welcher Reihenfolge umgesetzt werden sollen, können die folgenden Kriterien ausschlaggebend sein:

- Priorisierung der Maßnahmen nach deren Umsetzbarkeit und dem jeweiligen Ausmaß an Entlastungen für den Haushalt des Landkreises Oberhavel (Portfoliomatrix).
- Umsetzung von Empfehlungen, die zu schnell erlebbaren Erfolgen der Haushaltskonsolidierung führen (Quick-Wins).
- Beachtung von Wechselwirkungen zwischen einzelnen Empfehlungen (ggf. setzt eine Empfehlung die vorherige Umsetzung einer anderen voraus).
- Klärung der Frage, ob bzw. inwieweit eine Empfehlung grundsätzlich umgesetzt werden soll (Besteht ggf. zunächst interner Abstimmungs- oder vertiefender Analysebedarf?).

Prinzipiell sollten die Interessenvertretungen an wichtigen Umsetzungsschritten beteiligt werden, wenn davon kurz-, mittel- oder langfristig Mitarbeitende betroffen sind. Ebenso sollten Mitarbeitende im Rahmen der Akzeptanzsteigerung und Wertschätzung über Umsetzungsschritte fortlaufend informiert werden.

1.5 Projektteam der KGSt

Der vorliegende Bericht wurde auf Basis der von dem Landkreis Oberhavel gestellten Unterlagen, der mündlichen Informationen sowie der Erfahrungen aus Vergleichsprojekten nach bestem Wissen und Gewissen erstellt.

Dieser Bericht wurde von folgendem Projektteam erarbeitet:

Andreas Ochs	Referent der KGSt
Thomas Görtz	Projektbeauftragter der KGSt
Nils Schützendorf	Projektbeauftragter der KGSt
Maximilian Welter	Leitung der wirtschaftlichen Geschäftsbereiche

An dieser Stelle bedanken wir uns ausdrücklich für die offene, konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit allen Beteiligten – insbesondere auch in den Gesprächen und während der gesamten Projektdauer.

2 Übergreifende Erkenntnisse der KGSt

2.1 Ergebnisse der interkommunalen Benchmarkanalyse

Gesamtbild: relative Stärke im Ergebnisvergleich, akuter Handlungsdruck bei der Liquidität

Der Landkreis Oberhavel erreicht im Brandenburger Vergleich eines der besten ordentlichen Ergebnisse je Einwohner:in: im vorläufigen Ergebnis 2024 −25 € (Rang 4 von 14, Median −85 €), im Planansatz 2025 −54 € (Rang 3, Median −104 €) und im Planansatz 2026 −54 € (Rang 1, Median −178 €).[6] Diese Aussage gilt für die beschlossenen Haushaltspläne. Nach dem Entwurf des 1. Nachtragshaushalts 2026 sinkt das ordentliche Ergebnis Oberhavels auf rund −206 € je Einwohner:in. Gemessen an den ursprünglichen Ansätzen der anderen Landkreise läge Oberhavel damit über dem Median auf Rang 9 von 14.[7] Da auch andere Landkreise ihre Planungen im Haushaltsvollzug ggf. durch Nachtragshaushalte anpassen, ist diese Gegenüberstellung nur eingeschränkt aussagekräftig. Sie zeigt aber, dass der bisherige Vorsprung Oberhavels im Jahr 2026 weitgehend aufgezehrt wird.

Bemerkenswert ist, wie dieses Ergebnis zustande kommt. Die allgemeinen Deckungsmittel im Produktbereich 61 (v. a. Kreisumlage und Schlüsselzuweisungen) sind mit 914 € je Einwohner:in die niedrigsten aller 14 Landkreise (Median 1.091 €). Das gute Ergebnis beruht also nicht auf höheren Erträgen, sondern auf dem geringsten Zuschussbedarf der Fachproduktbereiche: −939 € je Einwohner:in gegenüber −1.123 € im Median, Rang 1 in allen drei betrachteten Jahren. Ein Teil davon dürfte strukturell bedingt sein, etwa durch die Lage im Berliner Umland und die Aufgabenteilung mit den kreisangehörigen Gemeinden. Die über drei Jahre stabile Position spricht aus Sicht der KGSt aber auch für eine disziplinierte Haushaltsführung.

Diese relative Stärke bezieht sich auf das ordentliche Ergebnis im Vergleich der Haushaltspläne. Sie ändert nichts daran, dass sich die Liquiditätslage des Landkreises seit Ende 2025 erheblich zugespitzt hat (vgl. Abschnitt 2.5). Der Benchmark beschreibt die Ausgangslage im Vergleich, nicht die aktuelle Kassenlage.

Für 2024 liegen bei vier Landkreisen festgestellte Jahresergebnisse, bei sieben vorläufige Ergebnisse und bei drei nur Ansätze vor (vgl. Anhang 1). Die Werte 2024 sind deshalb als Orientierung und nicht als vollständig homogener Ist-Vergleich zu verstehen.

Aufwandsart je Einwohner:in	Oberhavel 2024	Median 2024	Rang	Oberhavel 2026	Median 2026	Rang
Personalaufwand	423 €	454 €	6 / 14	479 €	498 €	5 / 14
Sach- und Dienstleistungen	202 €	195 €	8 / 14	251 €	224 €	10 / 14
Transferaufwand	1.546 €	1.642 €	5 / 14	1.637 €	1.839 €	2 / 14

Tabelle 1: Aufwandsarten je Einwohner:in im Landesvergleich (Rang 1 = geringster Aufwand)[8]

[6] KGSt-Benchmarkanalyse, vgl. Anhang 2 (Oberhavel im Vergleich zum Median) sowie Anhänge 3 bis 5 (alle Landkreise). Werte 2024: Jahresergebnis, vorläufiges Ergebnis bzw. Ansatz 2024 laut Haushaltsplänen, für Oberhavel vorläufiges Ergebnis 2024; Werte 2025 und 2026: Planansätze (vgl. Anhang 1).

[7] Berechnung der KGSt auf Basis des Gesamtergebnisplans und der Teilergebnispläne des Entwurfs der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2026 des Landkreises Oberhavel, S. 17 ff., sowie der Einwohnerzahl zum 30.06.2026 (vgl. Anhang 1). Vergleichswerte der übrigen Landkreise: Planansätze 2026 der beschlossenen Haushalte (vgl. Anhang 5).

[8] KGSt-Benchmarkanalyse, vgl. Anhang 7 (Aufwandsarten je Einwohner:in) und Anhang 8 (weitere Kennzahlen des Gesamtergebnisses je Einwohner:in).

Produktbereich (ordentliches Ergebnis je Einwohner:in)	Oberhavel 2024	Median 2024	Rang	Oberhavel 2026	Median 2026	Rang
11 Innere Verwaltung	−151 €	−149 €	8 / 14	−180 €	−159 €	10 / 14
12 Sicherheit und Ordnung	−34 €	−47 €	2 / 14	−30 €	−49 €	3 / 14
21–24 Schulträgeraufgaben	−176 €	−157 €	12 / 14	−174 €	−175 €	7 / 14
25–29 Kultur und Wissenschaft	−13 €	−19 €	1 / 14	−15 €	−23 €	2 / 14
31–35 Soziale Hilfen	−142 €	−168 €	5 / 14	−155 €	−203 €	2 / 14
36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	−295 €	−480 €	1 / 14	−320 €	−512 €	1 / 14
41 Gesundheitsdienste	−19 €	−24 €	3 / 14	−20 €	−25 €	2 / 14
51 Räumliche Planung und Entwicklung	−11 €	−4 €	12 / 14	−8 €	−3 €	10 / 14
52 Bauen und Wohnen	−3 €	1 €	11 / 14	−5 €	0 €	12 / 14
54 Verkehrsflächen und ÖPNV	−57 €	−83 €	2 / 14	−74 €	−110 €	2 / 14
57 Wirtschaft und Tourismus	−12 €	−12 €	7 / 14	−18 €	−13 €	10 / 14
61 Allgemeine Finanzwirtschaft	914 €	1.091 €	14 / 14	962 €	1.142 €	14 / 14
Fachproduktbereiche gesamt (ohne 61)	−939 €	−1.123 €	1 / 14	−1.016 €	−1.284 €	1 / 14
Ordentliches Ergebnis gesamt	−25 €	−85 €	4 / 14	−54 €	−178 €	1 / 14

Tabelle 2: Ordentliches Ergebnis ausgewählter Produktbereiche je Einwohner:in (Rang 1 = geringster Zuschussbedarf bzw. höchster Überschuss)

Die vollständigen Tabellen für alle Produktbereiche und alle drei Jahre enthalten die Anhänge 2 bis 5.

Stärken des Landkreises

Die größte positive Abweichung zeigt die Kinder-, Jugend- und Familienhilfe: Mit −295 € je Einwohner:in liegt Oberhavel rund 39 % unter dem Median und belegt im vorläufigen Ergebnis 2024 und in beiden Planansätzen Rang 1. Ein Teil dieses Vorsprungs dürfte auf die Aufgabenteilung mit den Gemeinden in der Kindertagesbetreuung zurückgehen. Der öffentlich-rechtliche Vertrag zur Kita-Finanzierung senkte den Hebesatz der Kreisumlage im Jahr 2025 um 5,89 Prozentpunkte.[9] Damit dürfte er zugleich die niedrigen Deckungsmittel im Produktbereich 61 und den geringen Zuschussbedarf im Produktbereich 36 mit erklären. Soweit der verbleibende Vorsprung auf Fallsteuerung und Prävention beruht, handelt es sich um ein abzusicherndes Erfolgsmodell.

Stabil günstig über alle drei Jahre sind zudem die Produktbereiche Sicherheit und Ordnung, Verkehrsflächen und ÖPNV, Kultur und Wissenschaft, Gesundheitsdienste sowie Ver- und Entsorgung. Hervorzuheben ist, dass gerade die Bereiche mit einem hohen Anteil freiwilliger Leistungen – ÖPNV sowie Kultur mit Kreismusikschule, Regionalmuseum und Volkshochschule – je Einwohner:in bereits zu den günstigsten in Brandenburg gehören. Auch der Transferaufwand insgesamt liegt deutlich unter dem Median. Auf der Ertragsseite weist Oberhavel in allen drei Jahren das absolut höchste Finanzergebnis der Landkreise aus, und die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte je Einwohner:in liegen 2024 und 2025 auf Median-Niveau und im Ansatz 2026 darüber.

[9] Landkreis Oberhavel, Haushalt 2026, Vorbericht, Abschnitt D (Kreisumlage, Prüfschema).

Auffälligkeiten und Entwicklungen

Die Herausforderung liegt aus Sicht der KGSt weniger im Niveau als in der Dynamik. Vom vorläufigen Ergebnis 2024 bis zum Ansatz 2026 steigen die Aufwendungen einschließlich interner Leistungsbeziehungen um 8,6 %: der Personalaufwand um 13 %, der Sach- und Dienstleistungsaufwand um 24 %, die sonstigen ordentlichen Aufwendungen um rund 9 % und der Transferaufwand um 6 %. Die Erträge wachsen im selben Zeitraum nur um 7,5 %. Die mittelfristige Planung bis 2029 weist Defizite von jährlich rund 7 bis 10 Mio. € aus, die aus der Rücklage gedeckt werden.[10] Im Einzelnen fallen auf:

- **Innere Verwaltung (Produktbereich 11):** im vorläufigen Ergebnis 2024 und im Ansatz 2025 nahe am Median, im Ansatz 2026 rund 13 % darüber (Rang 10 von 14). In der Gruppe der acht einwohnerstärksten Landkreise ist es 2026 der höchste Zuschussbedarf (Rang 8 von 8).[11] Der Bereich entwickelt sich damit von unauffällig zu auffällig. Ein Teil des Anstiegs im Ansatz 2026 kann auf Umgliederungen im Zuge der Umstrukturierung der Gesamtverwaltung zurückgehen.[12] Dies sollte vor einer abschließenden Bewertung geklärt werden.
- **Schulträgeraufgaben (Produktbereiche 21–24):** im vorläufigen Ergebnis 2024 einer der höchsten Zuschussbedarfe (Rang 12 von 14). Im Ansatz 2026 liegt Oberhavel auf Median-Niveau, vor allem weil der Median steigt. Wegen des großen Volumens und der Folgekosten laufender Schulbauinvestitionen bleibt der Bereich zu beobachten.
- **Sach- und Dienstleistungen:** im Landesvergleich 2026 rund 12 % über dem Median (Rang 10 von 14), im Vergleich der Landkreise mit eigenem Jobcenter dagegen genau im Median.[13] Auffällig bleibt der Anstieg um 24 % seit 2024.
- **Planansätze in den Transferbereichen:** Der Ansatz 2025 für Transferaufwendungen lag 16,6 Mio. € unter dem vorläufigen Ergebnis 2024, der Ansatz 2026 liegt 36,3 Mio. € über dem Ansatz 2025. Bei den Sozialen Hilfen steigt der Zuschussbedarf vom vorläufigen Ergebnis 2024 (30,8 Mio. €) auf den Ansatz 2025 (41,8 Mio. €) und sinkt im Ansatz 2026 wieder auf 33,8 Mio. €.[14] Diese erheblichen Unterschiede geben Anlass, die zugrunde liegenden Planungsannahmen vertieft zu untersuchen. Dabei sollten insbesondere Fallzahlentwicklungen, gesetzliche Veränderungen, Erstattungsregelungen sowie Veränderungen der Buchungs- und Planungssystematik berücksichtigt werden. Soweit sich daraus Verbesserungspotenziale ergeben, empfiehlt die KGSt eine stärker fallzahlbasierte Haushaltsplanung. Der Entwurf des 1. Nachtragshaushalts 2026 bestätigt diesen Befund. Er erhöht den Zuschussbedarf der Sozialen Hilfen für 2026 auf 52,2 Mio. €.[15]
- **Finanzergebnis:** Die Zinserträge aus vorhandener Liquidität stützen das Ergebnis derzeit mit rund 30 € je Einwohner:in. Mit dem Abbau der Liquidität entfällt diese Stütze; hinzu kommt gegebenenfalls Zinsaufwand für Kassenkredite (vgl. Abschnitt 2.5).

[10] Landkreis Oberhavel, Haushalt 2026, Vorbericht, Abschnitt C (Ergebnisentwicklung nach Ertrags- und Aufwandsarten einschließlich mittelfristiger Planung bis 2029).
[11] KGSt-Benchmarkanalyse, vgl. Anhang 10 (Produktbereiche) und Anhang 11 (Aufwandsarten und Entwicklung) für die acht einwohnerstärksten Landkreise.
[12] Landkreis Oberhavel, Haushalt 2026, Produkt 11111 Leitungsstab (Teilergebnishaushalt, Finanzkennzahlen und Produktbeschreibung).
[13] KGSt-Benchmarkanalyse, vgl. Anhang 9 (Vergleich nach Trägerform des Jobcenters gemäß Kommunalträger-Zulassungsverordnung).
[14] KGSt-Benchmarkanalyse, vgl. Anhang 6 (ordentliches Ergebnis Oberhavel nach Produktbereichen, absolut). 2024: vorläufiges Ergebnis; 2025 und 2026: Planansätze.
[15] Landkreis Oberhavel, Entwurf der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2026 (aufgestellt am 27.08.2026), Teilergebnisplan Produktbereich 31–35 Soziale Hilfen, S. 36.

- **Kleinere Produktbereiche:** Räumliche Planung (Produktbereich 51), Bauen und Wohnen (52) sowie Wirtschaft und Tourismus (57, 2026 Rang 10) liegen ungünstiger als der Median. Die Beträge sind gering, die prozentualen Abweichungen aber deutlich.

Einordnung nach Trägerform des Jobcenters

Der Vergleich nach Trägerform zeigt, dass Landkreise mit eigenem Jobcenter strukturell höhere Personal-, Sach- und Transferaufwendungen je Einwohner:in ausweisen, weil die Aufwendungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende in ihrem Haushalt abgebildet werden. 2024 liegt der Median des Personalaufwands bei den sieben Optionskommunen bei 474 €, bei den sieben Landkreisen mit gemeinsamer Einrichtung bei 420 € je Einwohner:in. Innerhalb der Optionskommunen liegt Oberhavel beim Personalaufwand 2024 und 2026 auf Rang 2 und beim Transferaufwand in den Planansätzen 2025 und 2026 auf Rang 1.

Personalaufwand je Einwohner:in	vorl. Ergebnis 2024	Ansatz 2026
Oberhavel	**423 €**	**479 €**
Median aller 14 Landkreise (Rang Oberhavel)	454 € (6 / 14)	498 € (5 / 14)
Median der 7 Optionskommunen (Rang Oberhavel)	474 € (2 / 7)	516 € (2 / 7)
Median der 7 Landkreise mit gemeinsamer Einrichtung	420 €	485 €
Median der Größenklasse, 8 Landkreise (Rang Oberhavel)	408 € (6 / 8)	457 € (5 / 8)
davon 4 Optionskommunen (Rang Oberhavel)	429 € (2 / 4)	480 € (2 / 4)
davon 4 Landkreise mit gemeinsamer Einrichtung	368 €	402 €

Tabelle 3: Personalaufwand je Einwohner:in nach Trägerform des Jobcenters

Für die acht einwohnerstärksten Landkreise gilt Entsprechendes: Gegenüber dem Median der Größenklasse liegt Oberhavels Personalaufwand 2024 rund 4 % höher, gegenüber den vier großen Optionskommunen leicht darunter. Die KGSt bewertet den Personalaufwand des Landkreises im Niveau daher als nicht auffällig. Der Vergleich mit dem ähnlich großen Landkreis Potsdam-Mittelmark, der ebenfalls ein eigenes Jobcenter betreibt und 2024 einen Personalaufwand von 360 € je Einwohner:in ausweist, zeigt jedoch, dass auch unter diesen Rahmenbedingungen ein niedrigeres Niveau erreichbar ist. Die Ursachen sollten vertieft betrachtet werden (vgl. Abschnitt 2.2).

2.2 Personalaufwand, Personalmanagement und Verwaltungsstruktur

Personalaufwand: unauffälliges Niveau, deutliche Dynamik

Der Personalaufwand ist nach den Transferaufwendungen und den sonstigen ordentlichen Aufwendungen die drittgrößte Aufwandsart des Landkreises. Er beträgt im vorläufigen Ergebnis 2024 rund 92,0 Mio. € und im Ansatz 2026 rund 104,2 Mio. €. Nach der im Haushaltsvorbericht dargestellten, teilweise pauschalierenden Berechnung des Landkreises verbleibt 2026 ein landkreiseigener Personalaufwand von rund 68,6 Mio. €.[16] Der Unterschied ergibt sich vor allem daraus, dass die Personal- und Verwaltungskosten des Jobcenters überwiegend vom Bund getragen werden.

Im Brandenburger Vergleich ist das Niveau des Personalaufwands je Einwohner:in nicht auffällig. Unter den Landkreisen mit eigenem Jobcenter liegt Oberhavel 2024 und 2026 auf Rang

[16] Landkreis Oberhavel, Haushalt 2026, Vorbericht, Abschnitt E (Personalaufwendungen und -erstattungen).

2 (vgl. Abschnitt 2.1). Handlungsbedarf sieht die KGSt jedoch in der Entwicklung: Vom vorläufigen Ergebnis 2024 bis zum Ansatz 2026 steigt der Personalaufwand um 13 %, die Erträge wachsen im selben Zeitraum um 7,5 %.[17] Auch in der Gruppe der acht einwohnerstärksten Landkreise steigt der Personalaufwand Oberhavels stärker als im Median (13 % gegenüber 10 %).[18] Der Vergleich mit dem ähnlich großen Landkreis Potsdam-Mittelmark, der ebenfalls ein eigenes Jobcenter betreibt, zeigt zudem, dass auch unter vergleichbaren Rahmenbedingungen ein niedrigeres Niveau erreichbar ist. Der Vergleich ist ein Prüfimpuls und belegt noch kein Einsparpotenzial. Aussagekräftig wird er erst als bereinigter Vergleich, der Aufgabenzuschnitt, Stellenstruktur, Auslagerungen und Personalkostenerstattungen berücksichtigt. Bei Personalmaßnahmen ist zudem der haushaltswirksame Nettoeffekt nach Erstattungen maßgeblich.

Der Stellenplan 2026 weist 1.673,8 Stellen (VZE) aus, besetzt waren zum 30.06.2026 rund 1.265 VZE.[19][20] Die KGSt begrüßt ausdrücklich, dass der Landkreis gegensteuert: Seit dem 16. April 2026 gilt ein Besetzungsstopp, nach dem frei werdende Stellen nur nachbesetzt werden, wenn dies zur Erfüllung von Pflichtaufgaben zwingend ist und organisatorische Alternativen geprüft wurden. Für 2027 sieht die Stellenplanung eine Reduzierung auf 1.421 Stellen vor (Prognose, vorbehaltlich der Beteiligung des Personalrats). Damit setzt der Landkreis zwei Empfehlungen dieses Berichts bereits um (Maßnahmen Nr. 2 und 4). Zugleich erwartet der Landkreis nach seiner eigenen Abgrenzung für 2027 einen weiteren Anstieg der Personalkosten auf rund 111 Mio. €. Da der Stellenplan Bestandteil des vom Kreistag beschlossenen Haushalts ist, bleibt die weitere Stellenentwicklung auch eine Größe der politischen Steuerung. Die KGSt empfiehlt, Stellenmehrungen künftig grundsätzlich mit einer Begründung des Aufgabenbedarfs und einer Darstellung der Folgekosten zu verbinden.

Personalmanagement: eine gute Grundlage für die weitere Steuerung

Der Landkreis verfügt mit seinen Personalkennzahlen über eine fundierte und transparente Grundlage für das Personalmanagement.[21] Die Kennzahlen stellen die Personalstruktur, die Altersentwicklung, die Fluktuation, die Abwesenheiten, die Personalgewinnung und die Personalentwicklung nachvollziehbar und mit Zeitreihen dar. Positiv hervorzuheben sind zudem die systematische Auswertung von Austrittsgesprächen, die Einführung von Mitarbeiterjahresgesprächen (Dienstvereinbarung vom Oktober 2024), ein strukturiertes Onboarding, das interne Schulungsportal sowie ein Betriebliches Gesundheitsmanagement mit Mitarbeiterbefragung und Betrieblichem Eingliederungsmanagement. Damit hat der Landkreis wichtige Instrumente einer modernen Personalarbeit bereits aufgebaut.

Die Kennzahlen zeigen zugleich die Herausforderungen der kommenden Jahre. Bis einschließlich 2034 erreichen 283 Mitarbeitende das reguläre Renten- bzw. Pensionsalter, bis 2039 insgesamt 412 und damit rund 31 % der Belegschaft. Gleichzeitig ist die Zahl der Bewerbungen je Ausschreibung von 36 (2014) auf 10 (2024) zurückgegangen. Aus Sicht der KGSt

[17] Landkreis Oberhavel, Haushalt 2026, Vorbericht, Abschnitt C (Ergebnisentwicklung nach Ertrags- und Aufwandsarten einschließlich mittelfristiger Planung bis 2029).
[18] KGSt-Benchmarkanalyse, vgl. Anhang 10 (Produktbereiche) und Anhang 11 (Aufwandsarten und Entwicklung) für die acht einwohnerstärksten Landkreise.
[19] Landkreis Oberhavel, Haushalt 2026, Darstellung der Stellenentwicklung im Budget Landrat.
[20] Landkreis Oberhavel, Die Haushaltslage im Landkreis Oberhavel – ein Überblick, Stand 03.07.2026, abrufbar unter www.oberhavel.de/finanzen.
[21] Landkreis Oberhavel, Personalbericht 2024 (Stand 31.12.2024).

liegt darin auch eine Chance: Die altersbedingten Abgänge ermöglichen es, den Personalbestand sozialverträglich und ohne Eingriffe in bestehende Arbeitsverhältnisse an den tatsächlichen Aufgabenbedarf anzupassen. Die KGSt empfiehlt, jede frei werdende Stelle vor der Wiederbesetzung systematisch zu prüfen: Ist die Aufgabe weiterhin erforderlich, kann sie anders organisiert, gebündelt oder durch Digitalisierung unterstützt werden, und ist die Bewertung der Stelle angemessen? So verbindet der Landkreis Konsolidierung mit einer Antwort auf den Fachkräftemangel.

Die krankheitsbedingten Fehltage sind von durchschnittlich 20 (2023) auf 23 Arbeitstage (2024) je Mitarbeitenden gestiegen, die Fluktuationsquote von rund 7 % auf 8,8 %. Ein belastbarer interkommunaler Vergleichswert lag der KGSt nicht vor, eine Wertung des Niveaus nimmt sie daher nicht vor. Mit dem Betrieblichen Gesundheitsmanagement und der Auswertung der Austrittsgespräche verfügt der Landkreis über geeignete Instrumente. Die KGSt empfiehlt, beide Kennzahlen weiterhin zu beobachten und künftig auch interkommunal zu vergleichen, etwa im Rahmen eines Vergleichsrings.

Personalbemessung

Innerhalb der Kreisverwaltung besteht ein geregeltes Verfahren zur Prüfung von Stellen- und Personalbedarfen. Eine analytische, an Fallzahlen oder Bearbeitungszeiten orientierte Personalbemessung findet nach den Erkenntnissen der KGSt aus Gesprächen und Dokumentenanalyse bislang nicht durchgängig statt. Die KGSt empfiehlt, sie schrittweise einzuführen. Eine flächendeckende Personalbemessung ist aufwendig und nicht kurzfristig haushaltswirksam. Sinnvoll ist daher ein gestuftes Vorgehen: zunächst in Bereichen mit hohem Personaleinsatz und messbaren Fallzahlen (z. B. Jugend, Soziales, Migration) sowie in den Querschnittsbereichen der Inneren Verwaltung, anschließend in weiteren Bereichen. Die Ergebnisse sollten unmittelbar in die Prüfung frei werdender Stellen einfließen.

Verwaltungsstruktur im Blick halten

Seit 2022 hat der Landkreis die Zahl der Dezernate von vier auf sechs erhöht und den Leitungsstab erweitert. Nach den Personalkennzahlen entfiel der größere Teil der neuen Stellen auf die Sachbearbeitung, zugleich wurde die Führungsebene durch zusätzliche Teamleitungen ausgebaut. Die KGSt erkennt die Ziele an, die der Landkreis mit dieser Struktur verfolgt: Führung in angemessener Tiefe, Stärkung dezentraler Verantwortung, Unterstützung des Kulturwandels und eine klare Trennung von strategischer Steuerung und operativer Umsetzung, etwa bei Digitalisierung und IT.

Jede Organisationsstruktur verursacht aber auch Gemeinkosten. Die Benchmarkanalyse zeigt, dass sich der Produktbereich Innere Verwaltung von einer unauffälligen zu einer auffälligen Position entwickelt (Ansatz 2026: Rang 10 von 14, in der Größenklasse Rang 8 von 8; vgl. Abschnitt 2.1). Ein Teil des Anstiegs kann auf Umgliederungen im Zuge der Umstrukturierung der Gesamtverwaltung zurückgehen; dies sollte vor einer abschließenden Bewertung geklärt werden. Die KGSt empfiehlt, die Aufbaustruktur bei anstehenden Veränderungen konsequent auf ihre sachlogische Zusammensetzung und ihre Wirtschaftlichkeit zu prüfen. Ziel ist, fachlich zusammengehörige Bereiche zu bündeln, gerade dort, wo Dezernate heute sehr unterschiedliche Aufgaben vereinen. Die KGSt versteht dies als Daueraufgabe, die auch die Querschnitts- und Unterstützungsfunktionen einschließt.

Aus den Gesprächen ergaben sich zudem Hinweise auf Schnittstellen, die zusätzlichen Abstimmungsaufwand verursachen, insbesondere bei IT und Digitalisierung, beim Gebäudemanagement und bei inneren Querschnittsdiensten. Die KGSt empfiehlt, diese Schnittstellen verbindlich zu beschreiben und regelmäßig zu überprüfen, ob die gewählte Aufteilung die erwarteten Vorteile tatsächlich bringt. Als Grundlage bietet sich ein Gemeinkostenvergleich der Querschnittsbereiche (Personal, Finanzen, IT, zentrale Dienste) mit anderen Landkreisen an.

2.3 Wesentliche Kostentreiber und ihre Beeinflussbarkeit

Die ordentlichen Aufwendungen des Landkreises betragen im Ansatz 2026 einschließlich interner Leistungsbeziehungen rund 649 Mio. € (ohne interne Leistungsbeziehungen: 641,2 Mio. €). Sie verteilen sich auf Transferaufwendungen (356,3 Mio. €, rund 55 %), sonstige ordentliche Aufwendungen (120,1 Mio. €, rund 18 %), Personalaufwendungen (104,2 Mio. €, rund 16 %), Sach- und Dienstleistungen (54,6 Mio. €, rund 8 %) sowie Abschreibungen (13,8 Mio. €, rund 2 %).[22] Viele dieser Aufwendungen werden durch Erstattungen und Zuweisungen von Bund und Land teilweise oder weitgehend gedeckt. Für die Konsolidierung ist deshalb vor allem der verbleibende Zuschussbedarf maßgeblich.

Die KGSt ordnet die Kostentreiber nachfolgend danach, wie stark der Landkreis sie selbst beeinflussen kann:

- **gering:** Leistungen sind dem Grunde und der Höhe nach weitgehend gesetzlich bestimmt oder werden überwiegend erstattet,
- **mittel:** Es besteht ein Rechtsanspruch, über Fallsteuerung, Standards, Verträge und Organisation bestehen aber Gestaltungsspielräume,
- **hoch:** Umfang, Standard und Organisation der Leistung liegen weitgehend in der Entscheidung des Landkreises.

Die Einstufung beschreibt die rechtliche und organisatorische Steuerbarkeit, nicht die Höhe eines haushaltswirksamen Potenzials. Auch ein gut steuerbarer Bereich kann nur begrenzte Einsparungen ermöglichen und umgekehrt.

Soziale Hilfen (Produktbereiche 31–35)

Der Zuschussbedarf beträgt im Ansatz 2026 rund 34 Mio. €.[23] Die größten Transferpositionen sind die Eingliederungshilfe nach SGB IX (68,1 Mio. €), die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach SGB II einschließlich der Kosten der Unterkunft (33,5 Mio. €), die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (19,8 Mio. €) und die Hilfe zur Pflege (11,0 Mio. €). Ein Großteil davon wird durch Bund und Land erstattet. Beim Landkreis verbleiben vor allem die Kosten der Unterkunft (rund 11,2 Mio. €) und ein Anteil der Eingliederungshilfe (rund 6,6 Mio. €).[24] Der Bereich Migration ist im Ansatz 2026 durch die Erstattungen des Landes nahezu ausgeglichen. Den Pauschalen stehen allerdings langfristige Mietverträge für Gemeinschaftsunterkünfte gegenüber, die bei sinkenden Zuweisungszahlen zu einem Kostenrisiko werden könnten.

[22] Landkreis Oberhavel, Haushalt 2026, Vorbericht, Abschnitt C (Ergebnisentwicklung nach Ertrags- und Aufwandsarten einschließlich mittelfristiger Planung bis 2029).
[23] KGSt-Benchmarkanalyse, vgl. Anhang 6 (ordentliches Ergebnis Oberhavel nach Produktbereichen, absolut). 2024: vorläufiges Ergebnis; 2025 und 2026: Planansätze.
[24] Landkreis Oberhavel, Haushalt 2026, Teilergebnishaushalte der Produkte (Ansatz 2026).

Nach den beschlossenen Haushalten liegt der Zuschussbedarf je Einwohner:in unter dem Median (vorläufiges Ergebnis 2024 Rang 5, Ansatz 2026 Rang 2 von 14).[25] Der Ansatz 2026 von 33,8 Mio. € war jedoch zu niedrig. Der Entwurf des 1. Nachtragshaushalts 2026 korrigiert den Zuschussbedarf auf 52,2 Mio. €: Vor allem fallen die Kostenerstattungen um 13,0 Mio. € geringer aus, und die Transferaufwendungen steigen um 4,2 Mio. €. Je Einwohner:in entspricht das rund −240 €; gemessen an den ursprünglichen Ansätzen der anderen Landkreise läge Oberhavel damit deutlich über dem Median.[26] Die Planungsannahmen sollten deshalb künftig fallzahlbasiert abgesichert werden (vgl. Abschnitt 2.1). Die Beeinflussbarkeit ist **gering bis mittel**. Ansatzpunkte sind ein verzahntes Fach- und Finanzcontrolling, die Analyse der Fallkostenentwicklung in der Hilfe zur Pflege, eine konsequente Steuerung im Gesamtplanverfahren der Eingliederungshilfe, die regelmäßige Überprüfung der Richtwerte für angemessene Unterkunftskosten sowie flexiblere Vertragslaufzeiten bei Gemeinschaftsunterkünften.

Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (Produktbereich 36)

Der Zuschussbedarf beträgt im Ansatz 2026 rund 70 Mio. €. Die größten Positionen sind die Hilfen zur Erziehung (Zuschussbedarf rund 25,9 Mio. €), die Finanzierung der Kindertagesbetreuung (rund 11,9 Mio. € bei Transferaufwendungen von 79,6 Mio. €), die Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit seelischer Behinderung nach § 35a SGB VIII (rund 8,1 Mio. €), die Jugendsozialarbeit (rund 4,4 Mio. €) und die Vollzeitpflege (rund 4,3 Mio. €).

Im Benchmark ist dies die größte Stärke des Landkreises (Rang 1 im vorläufigen Ergebnis 2024 und in den Ansätzen 2025 und 2026). Der Zuschussbedarf steigt jedoch vom vorläufigen Ergebnis 2024 (64,2 Mio. €) auf den Ansatz 2026 (69,7 Mio. €), also um rund 8,5 %. Die Beeinflussbarkeit ist **mittel**. Rechtsansprüche bestehen, über Fallsteuerung, Hilfeplanung und die Struktur der Hilfen (ambulant vor stationär, Vollzeitpflege vor Heimunterbringung, Poollösungen bei § 35a SGB VIII) bestehen aber wirksame Steuerungsmöglichkeiten. Die KGSt empfiehlt eine vertiefende Analyse der Fallzahlen und Fallkosten je Hilfeart, um den Vorsprung abzusichern und die Ursachen der Dynamik zu verstehen.

Personalaufwand

Der Personalaufwand beträgt im Ansatz 2026 rund 104,2 Mio. €, landkreiseigen nach der Berechnung des Landkreises rund 68,6 Mio. € (vgl. Abschnitt 2.2). Das Niveau ist im Landesvergleich nicht auffällig, die Dynamik jedoch deutlich. Die Beeinflussbarkeit ist **hoch**: Organisation und Stellenbesetzung liegen beim Landkreis, der Stellenplan ist Teil des vom Kreistag beschlossenen Haushalts. Ansatzpunkte sind die Prüfung frei werdender Stellen vor Wiederbesetzung, eine schrittweise analytische Personalbemessung und die Digitalisierung von Prozessen.

Leistungen über Gesellschaften und Dritte

Rund 98,6 Mio. € der sonstigen ordentlichen Aufwendungen sind Erstattungen an Dritte, vor allem an Gesellschaften des Landkreises: Rettungsdienst (35,3 Mio. €), Abfallwirtschaft

[25] KGSt-Benchmarkanalyse, vgl. Anhang 2 (Oberhavel im Vergleich zum Median) sowie Anhänge 3 bis 5 (alle Landkreise). Werte 2024: Jahresergebnis, vorläufiges Ergebnis bzw. Ansatz 2024 laut Haushaltsplänen, für Oberhavel vorläufiges Ergebnis 2024; Werte 2025 und 2026: Planansätze (vgl. Anhang 1).

[26] Landkreis Oberhavel, Entwurf der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2026 (aufgestellt am 27.08.2026), Teilergebnisplan Produktbereich 31–35 Soziale Hilfen, S. 36; Betrag je Einwohner:in: Berechnung der KGSt (Einwohnerzahl zum 30.06.2026, vgl. Anhang 1).

(19,3 Mio. €), ÖPNV (16,9 Mio. €) und Gemeinschaftsunterkünfte (14,2 Mio. €). Rettungsdienst und Abfallwirtschaft sind weitgehend gebührenfinanziert und belasten den Haushalt kaum. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass für den Landkreis ein Finanzrisiko in Höhe von 9,2 Mio. Euro aufgrund der mit den Krankenkassen streitigen Vergütung für Fehleinsätze im Rettungsdienst besteht. Dafür wurden entsprechende Rückstellungen gebildet. Der ÖPNV verursacht einen Zuschussbedarf von rund 12,1 Mio. € und liegt im Benchmark bereits deutlich unter dem Median (Produktbereich 54: Rang 2 von 14). Die Beeinflussbarkeit ist **mittel**: Über Nahverkehrsplan, Verkehrsverträge, Bestellniveau und die Steuerung der Beteiligungen bestehen Gestaltungsmöglichkeiten. Die KGSt empfiehlt ein aktives Beteiligungsmanagement und eine Überprüfung des ÖPNV-Bestellniveaus anhand von Auslastung und Erschließungswirkung.

Sach- und Dienstleistungen

Die Sach- und Dienstleistungen steigen vom vorläufigen Ergebnis 2024 bis zum Ansatz 2026 um 24 % auf 54,6 Mio. €. Die größten Positionen sind Bewirtschaftung der Grundstücke (13,6 Mio. €), besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen einschließlich Gutachten und Breitbandausbau (13,1 Mio. €), Mieten und Pachten (11,5 Mio. €) sowie Unterhaltung des sonstigen Vermögens (7,1 Mio. €). Im Landesvergleich liegt Oberhavel 2026 über dem Median (Rang 10 von 14), im Vergleich der Landkreise mit eigenem Jobcenter im Median. Die Beeinflussbarkeit ist **hoch**. Ansatzpunkte sind eine Analyse der größten Sachkonten, Flächenmanagement einschließlich Desksharing, Standards in Reinigung und Gebäudeunterhaltung sowie Vergabe und Rahmenverträge.

Schulträgeraufgaben (Produktbereiche 21–24)

Der Zuschussbedarf beträgt im Ansatz 2026 rund 38 Mio. €. Er verteilt sich vor allem auf Gymnasien (6,6 Mio. €), Gesamtschulen (6,0 Mio. €), Oberschulen (5,9 Mio. €), Oberstufenzentren (5,4 Mio. €), Schülerbeförderung (4,2 Mio. €) und Schülerspezialbeförderung (3,2 Mio. €). Im vorläufigen Ergebnis 2024 zählte Oberhavel zu den Landkreisen mit dem höchsten Zuschussbedarf je Einwohner:in (Rang 12 von 14). Im Ansatz 2026 liegt der Landkreis auf Median-Niveau, vor allem weil der Median steigt. Die Beeinflussbarkeit ist **mittel**: Die Schulträgerschaft ist Pflicht, Raumprogramme, Bewirtschaftungsstandards und das Niveau der Schülerbeförderung sind aber gestaltbar. Die KGSt empfiehlt Kennzahlen je Schüler:in und je Quadratmeter Fläche sowie eine transparente Darstellung der Folgekosten laufender Schulbauinvestitionen.

Ertragsseite

Mit einem Hebesatz von 32,3 % erhebt Oberhavel die niedrigste Kreisumlage in Brandenburg (Landesdurchschnitt 2025: 40,68 %). Ohne die umlagesenkende Wirkung des Kita-Vertrags hätte der Hebesatz im Jahr 2025 bei 38,19 % gelegen und wäre damit weiterhin der zweitniedrigste gewesen.[27] Die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte liegen mindestens auf Median-Niveau, der Landkreis nutzt Gebühren und Entgelte also bereits aktiv. Das hohe Finanzergebnis aus Zinserträgen entfällt mit dem Abbau der Liquidität; hinzu kommt gegebenenfalls Zinsaufwand für Kassenkredite. Die Beeinflussbarkeit der Kreisumlage ist **hoch**. Die Abwägung

[27] Landkreis Oberhavel, Haushalt 2026, Vorbericht, Abschnitt D (Kreisumlage, Prüfschema).

mit der finanziellen Leistungsfähigkeit der kreisangehörigen Gemeinden ist dabei Teil der Entscheidung.

Bereich	Volumen bzw. Zuschussbedarf 2026	Benchmark	Beeinflussbarkeit	Vertiefung empfohlen
Soziale Hilfen	Zuschussbedarf rd. 34 Mio. € (Nachtrag 2026: rd. 52 Mio. €)	im Plan günstig, nach Nachtrag über Median	gering bis mittel	Fallkosten Hilfe zur Pflege, Controlling, Verträge Gemeinschaftsunterkünfte
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	Zuschussbedarf rd. 70 Mio. €	sehr günstig, steigend	mittel	Fallzahlen und Fallkosten je Hilfeart
Personalaufwand	104,2 Mio. € (landkreiseigen rd. 68,6 Mio. €)	Niveau unauffällig, Dynamik hoch	hoch	Vergleich mit Potsdam-Mittelmark, Personalbemessung
Gesellschaften und Dritte	98,6 Mio. €	ÖPNV günstig	mittel	Beteiligungsmanagement, ÖPNV-Bestellniveau
Sach- und Dienstleistungen	54,6 Mio. €	über Median, steigend	hoch	größte Sachkonten, Flächen, Standards
Schulträgeraufgaben	Zuschussbedarf rd. 38 Mio. €	zuletzt Median-Niveau	mittel	Kennzahlen je Schüler:in und m², Folgekosten
Kreisumlage und Entgelte	Kreisumlage 125,6 Mio. €	niedrigster Hebesatz	hoch	Abwägung mit Leistungsfähigkeit der Gemeinden

Tabelle 4: Kostentreiber, Beeinflussbarkeit und empfohlene Vertiefung

2.4 Pflichtige und freiwillige Aufgaben – strategisch konsolidieren

Die Struktur der Aufgaben

Der Landkreis weist in seinem Haushalt für jedes Produkt den Bindungsgrad der Aufgabe aus und schafft damit eine gute Grundlage für die Konsolidierungsdiskussion. Nach dieser Auswertung entfallen von den Aufwendungen 2026:[28]

- 149,6 Mio. € (23,0 %) auf Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung, bei denen Inhalt und Durchführung weitgehend durch Fachrecht und Weisungen bestimmt sind; verbleibende Gestaltungsspielräume richten sich nach den jeweiligen fachrechtlichen Vorgaben,
- 1,4 Mio. € (0,2 %) auf Auftragsangelegenheiten,
- 462,3 Mio. € (71,3 %) auf pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben, bei denen das „Ob“ vorgegeben ist, über das „Wie“ aber der Landkreis entscheidet,
- 35,6 Mio. € (5,5 %) auf freiwillige Aufgaben, bei denen der Landkreis über das „Ob“ und das „Wie“ entscheidet.

Nach Abzug der zugehörigen Erträge beträgt der Zuschussbedarf der freiwilligen Aufgaben rund 16,9 Mio. €.[29]

Nach Darstellung des Landkreises wurden freiwillige Leistungen im Haushalt 2026 bereits eingeschränkt oder gestrichen.[30] Das Volumen der freiwilligen Aufgaben insgesamt steigt

[28] Landkreis Oberhavel, Haushalt 2026, Vorbericht, Abschnitt zu Auftragsgrundlagen und Bindungsgraden sowie Übersicht „Wesentlich freiwillige Leistungsanteile unterschiedlicher Aufgabenarten auf einen Blick“.

[29] Die Auswertung nach Bindungsgraden im Vorbericht schließt mit Aufwendungen von 648,9 Mio. € und bildet die Änderungen aus dem Kreistagsbeschluss vom 25.02.2026 noch nicht vollständig ab (Differenz zum beschlossenen Haushalt: 72.600 €). Die fortgeschriebene Grafik im Vorbericht weist für freiwillige Aufgaben 35,5 Mio. € aus. Die Abweichung ist für die Aussagen dieses Berichts ohne Bedeutung.

[30] Landkreis Oberhavel, Haushalt 2026, Vorwort des Kämmerers und Ausführungen zur dauernden Leistungsfähigkeit.

gleichwohl von 25,4 Mio. € (vorläufiges Ergebnis 2024) auf 35,6 Mio. € (Ansatz 2026), vor allem durch den Breitbandausbau, und sinkt nach der mittelfristigen Planung ab 2027 auf rund 28 Mio. €.[31]

Beispiele für freiwillige Leistungsanteile

Die nachfolgenden Beispiele umfassen auch freiwillige Leistungsanteile innerhalb pflichtiger Aufgaben. Sie sind daher nicht mit den zuvor genannten Aufwendungen für freiwillige Aufgaben gleichzusetzen. Zudem ist zwischen dem Aufwand und dem nach Abzug der Erträge verbleibenden Zuschussbedarf zu unterscheiden.

Freiwillige Leistung bzw. freiwilliger Leistungsanteil (Einordnung des Landkreises)	Aufwand Ansatz 2026
Zuschuss ÖPNV (ÖPNV-Vertrag)	16,9 Mio. €
Breitbandausbau[32]	5,5 Mio. €
Zuschuss Schülerbeförderung	4,2 Mio. €
Personalkostenförderung u. a. Schulsozialarbeit	3,8 Mio. €
Zuschuss Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WInTO)	2,9 Mio. €
Kreismusikschule	1,9 Mio. €
Regionalmuseum Oberhavel	1,0 Mio. €
Integrationsprojekte	0,8 Mio. €
Lernwerkstätten	0,6 Mio. €
Kriseninterventionsteam und Fachstelle Konsumkompetenz	0,5 Mio. €
Jugendbildungsstätte Neuglobsow	0,3 Mio. €
Tourismusförderung (u. a. Brandenburgische Seenplatte)	0,3 Mio. €
Sportförderung (Vereine)	0,2 Mio. €
Kinder- und Jugendbüro	0,15 Mio. €
Ehrenamtsrichtlinie, Kulturförderung, Partnerschaften	je unter 0,1 Mio. €

Tabelle 5: Beispiele für freiwillige Leistungsanteile des Landkreises Oberhavel

Einen Auszug aus der Übersicht „Wesentlich freiwillige Leistungsanteile“ des Haushalts 2026 enthält Anhang 12. Der Breitbandausbau ist dort nicht enthalten.

Einordnung

Die Benchmarkanalyse zeigt, dass gerade die Bereiche mit hohem Anteil freiwilliger Leistungen bereits zu den günstigsten in Brandenburg gehören: Kultur und Wissenschaft (Rang 1 bzw. 2 von 14) sowie Verkehrsflächen und ÖPNV (Rang 2 von 14).[33] Freiwillige Leistungen bleiben ein berechtigtes Prüffeld, weil der Kreistag über sie unmittelbar entscheiden kann. Sie haben aber vielfach eine hohe Bedeutung für Bildung, Ehrenamt, Integration, Demokratie und die Attraktivität des Landkreises. Und ihr Volumen reicht allein nicht aus, um den Haushalt dauerhaft auszugleichen.

[31] Landkreis Oberhavel, Haushalt 2026, Vorbericht, Grafik zur Entwicklung der Aufwendungen nach Aufgabenarten.

[32] Landkreis Oberhavel, Haushalt 2026, Vorbericht (größte Position der freiwilligen Aufgaben im Produktbereich 57). Nicht Bestandteil der Übersicht „Wesentlich freiwillige Leistungsanteile“ in Anhang 12.

[33] KGSt-Benchmarkanalyse, vgl. Anhang 2 (Oberhavel im Vergleich zum Median) sowie Anhänge 3 bis 5 (alle Landkreise). Werte 2024: Jahresergebnis, vorläufiges Ergebnis bzw. Ansatz 2024 laut Haushaltsplänen, für Oberhavel vorläufiges Ergebnis 2024; Werte 2025 und 2026: Planansätze (vgl. Anhang 1).

Der größere Hebel liegt aus Sicht der KGSt bei den pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben, die über 70 % der Aufwendungen ausmachen. Hier ist die Aufgabe vorgegeben, das „Wie“ aber gestaltbar: Standards, Organisation, Leistungsumfang über das gesetzliche Mindestmaß hinaus und die Art der Leistungserbringung. Die KGSt empfiehlt daher, in der Konsolidierungsdiskussion nicht nur zwischen pflichtigen und freiwilligen Aufgaben zu unterscheiden, sondern auch zwischen gesetzlich gebotenen und selbst gewählten Standards innerhalb der Pflichtaufgaben.

Empfehlung: strategische Haushaltskonsolidierung mit Produktkritik

Die KGSt empfiehlt dem Landkreis eine strategische Haushaltskonsolidierung anstelle pauschaler Kürzungen. Kern ist eine vertiefende Produktkritik über alle Aufgaben, pflichtige wie freiwillige:

- Die **Zweckkritik** fragt, ob eine Leistung in ihrem Umfang weiterhin erforderlich ist, welche Wirkung sie erzielt und ob sie zu den Zielen des Landkreises beiträgt.
- Die **Vollzugskritik** fragt, wie eine Leistung wirtschaftlicher erbracht werden kann, etwa durch angepasste Standards, schlankere Prozesse, Digitalisierung, interkommunale Zusammenarbeit oder Leistungserbringung durch Dritte.

Der Landkreis verfügt dafür über eine gute Ausgangslage: Sein produktorientierter Haushalt weist für jedes Produkt Bindungsgrad, Kennzahlen und die Zuordnung zu einem strategischen Handlungsfeld aus. Das Strategiekonzept des Landkreises befindet sich derzeit in Erarbeitung.[34] Die KGSt empfiehlt, beide Prozesse zu verbinden, sodass die Konsolidierung an den strategischen Zielen ausgerichtet wird.

Bei der Beurteilung jeder Konsolidierungsmaßnahme sollte deshalb ausdrücklich bewertet werden, ob sie auf die strategischen Ziele des Landkreises einzahlt oder ob der Konsolidierungsaspekt überwiegt. Daraus ergeben sich drei Fallgruppen:

- Maßnahmen, die strategische Ziele unterstützen und zugleich den Haushalt entlasten (z. B. Digitalisierung von Prozessen, Prävention in der Jugendhilfe), sollten vorrangig umgesetzt werden.
- Leistungen, die für strategische Ziele bedeutsam sind, aber den Haushalt belasten, sollten bewusst gesichert werden. Dabei ist zu prüfen, ob sie zu einem angepassten Standard oder mit anderer Finanzierung erbracht werden können.
- Bei Leistungen ohne erkennbaren Beitrag zu den strategischen Zielen überwiegt der Konsolidierungsaspekt. Hier sind Reduzierung oder Verzicht zu prüfen.

Diese Bewertung ergänzt die in Abschnitt 1.4 genannten Kriterien zur Priorisierung. Vertiefende Kennzahlenvergleiche zu einzelnen Leistungen und Einrichtungen, etwa auf Basis von Nutzer:innen, Schüler:innen oder Fallzahlen, sind Bestandteil einer solchen Produktkritik.

[34] Landkreis Oberhavel, Haushalt 2026, Vorbericht, Darstellung der strategischen Planungsgrundlagen.

2.5 Finanzlage und Finanzsteuerung

Rahmenbedingungen

Die Haushaltslage des Landkreises wird maßgeblich von Faktoren geprägt, die er selbst nicht oder nur begrenzt beeinflussen kann. Bundesweit verzeichnen die Kommunen 2025 mit rund 32 Mrd. € das höchste Finanzierungsdefizit ihrer Geschichte, in Brandenburg haben sich die kommunalen Defizite 2025 mehr als verdoppelt.[35] Für Oberhavel hat der Landkreis die wesentlichen externen Kostentreiber selbst dargestellt:

- In der Eingliederungshilfe stiegen die Fallzahlen von 2014 bis 2024 um 26 % und die Kosten um 111 %, vor allem infolge des Bundesteilhabegesetzes und der Tarifsteigerungen bei den freien Trägern.
- In der Hilfe zur Pflege stiegen die Ausgaben im selben Zeitraum um 258 %. Die geplante Pflegereform dürfte die Deckungslücken weiter vergrößern.
- In den Hilfen zur Erziehung stiegen die Fallkosten 2024 um bis zu 39 % bei stabilen Fallzahlen. Hinzu kommen gesetzliche Leistungserweiterungen und die Übernahme der Kindertagespflege.
- Im Bereich Migration führen die Aufnahmeverpflichtung und Nachholeffekte aus den Vorjahren zu zusätzlichen Unterbringungskosten.

Hinzu kommen Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst und rückläufige Schlüsselzuweisungen (Ansatz 2025: 56,6 Mio. €, Ansatz 2026: 49,8 Mio. €).[36] Die Benchmarkanalyse bestätigt, dass sich die Planergebnisse der Brandenburger Landkreise insgesamt deutlich verschlechtern.[37] Die Konsolidierungsanstrengungen des Landkreises sind deshalb vor dem Hintergrund einer landesweit angespannten kommunalen Finanzlage zu sehen.

Ausgangslage

Der Landkreis verfügte lange über eine solide Finanzausstattung. Der Jahresabschluss 2023 weist einen Jahresüberschuss von 32,8 Mio. € und ein Reinvermögen von 375 Mio. € aus.[38] Nach den beschlossenen Haushaltsplänen erreichte Oberhavel im Landesvergleich eines der besten ordentlichen Ergebnisse je Einwohner:in; mit dem Nachtrag 2026 relativiert sich dieser Befund (vgl. Abschnitt 2.1). Der vom Kreistag am 25.02.2026 beschlossene Haushalt 2026 weist ein Defizit von rund 11,7 Mio. € aus, die mittelfristige Planung Defizite von jährlich rund 7 bis 10 Mio. €.

Seitdem hat sich die Lage nach Darstellung des Landkreises erheblich zugespitzt. Der Bestand an Finanzmitteln sank von 119,8 Mio. € zu Beginn auf 65,1 Mio. € am Ende des Jahres 2025. Für das Jahresende 2026 erwartet der Landkreis nur noch rund 1,3 Mio. €, und dies nur aufgrund der im April verhängten Haushaltssperre; ohne sie läge der Bestand bei rund −8,8 Mio. €. Der Kreistag hat am 29.04.2026 den Höchstbetrag der Kassenkredite auf

[35] Landkreis Oberhavel, Die Haushaltslage im Landkreis Oberhavel – ein Überblick, Stand 03.07.2026, abrufbar unter www.oberhavel.de/finanzen.

[36] Landkreis Oberhavel, Haushalt 2026, Vorbericht, Abschnitt C (Ergebnisentwicklung nach Ertrags- und Aufwandsarten einschließlich mittelfristiger Planung bis 2029).

[37] KGSt-Benchmarkanalyse, vgl. Anhang 2 (Oberhavel im Vergleich zum Median) sowie Anhänge 3 bis 5 (alle Landkreise). Werte 2024: Jahresergebnis, vorläufiges Ergebnis bzw. Ansatz 2024 laut Haushaltsplänen, für Oberhavel vorläufiges Ergebnis 2024; Werte 2025 und 2026: Planansätze (vgl. Anhang 1).

[38] Landkreis Oberhavel, Jahresabschluss 2023.

60 Mio. € festgesetzt. Investitionskredite sind nach Einschätzung des Landkreises derzeit kaum genehmigungsfähig, da die dauernde Leistungsfähigkeit nicht nachgewiesen werden kann. Die Mittelanmeldung für 2027 (Stand Februar 2026) weist Aufwendungen von rund 699 Mio. € bei Erträgen von rund 640 Mio. € aus. Auch wenn es sich dabei um einen frühen Planungsstand handelt, zeigt er die Größenordnung des Konsolidierungsbedarfs, die deutlich über der mittelfristigen Planung des Haushalts 2026 liegt. Mit dem Abbau der Liquidität entfallen zudem die Zinserträge, die das Ergebnis bislang gestützt haben. Bei Inanspruchnahme von Kassenkrediten entsteht zusätzlicher Zinsaufwand.

Zur schnell abnehmenden Liquidität haben nach den Erkenntnissen der KGSt insbesondere die Ermächtigungsübertragungen aus Vorjahren beigetragen, vor allem im investiven Bereich. Sie wurden über mehrere Jahre aus vorhandenen liquiden Mitteln finanziert. Mit der Schlussabrechnung großer Investitionsmaßnahmen wurde in kurzer Zeit viel Liquidität gebunden. Aus den Gesprächen ergab sich, dass auf dieses Risiko bereits im Rahmen der Jahresabschlussprüfung hingewiesen worden war. Die KGSt würdigt, dass der Landkreis frühzeitig reagiert und den Entwurf eines 1. Nachtragshaushalts 2026 vorgelegt hat, der am 02.12.2026 vom Kreistag beschlossen werden soll.[39] Der Nachtrag schafft Transparenz über die tatsächliche Lage:

- Das ordentliche Ergebnis 2026 verschlechtert sich von −11,7 Mio. € auf −44,9 Mio. €. Die ordentlichen Erträge sinken um 23,6 Mio. €, vor allem durch geringere Kostenerstattungen (−16,2 Mio. €) sowie allgemeine Zuweisungen und Umlagen (−6,0 Mio. €). Die Aufwendungen steigen um 6,9 Mio. €, überwiegend bei den Transferaufwendungen. Angepasst werden vor allem die Bereiche Soziales, Migration und Jugend sowie die allgemeinen Deckungsmittel.
- Die Zinserträge sinken um 2,5 Mio. €, zugleich fällt erstmals nennenswerter Zinsaufwand an.
- Der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit sinkt auf −33,8 Mio. €; die laufenden Auszahlungen können 2026 nicht mehr aus laufenden Einzahlungen gedeckt werden.
- Die investiven Auszahlungen steigen durch die Fortschreibung laufender Maßnahmen auf rund 77 Mio. €. Zugleich werden die Verpflichtungsermächtigungen von 53,5 Mio. € auf 29,3 Mio. € reduziert und sämtliche Investitionen neu priorisiert. Investitionskredite sind weiterhin nicht vorgesehen.
- Insgesamt ergibt sich ein Finanzmittelfehlbedarf von 63,7 Mio. €. Der Landkreis geht davon aus, dass der Höchstbetrag der Kassenkredite voraussichtlich erneut angepasst werden muss.

Aus Sicht der KGSt ist der Nachtrag ein wichtiger Schritt zu einer realistischen Planungsgrundlage. Er bestätigt zentrale Befunde dieses Berichts: die Planungsunsicherheit in den Transferbereichen, den Wegfall der Zinserträge als Ergebnisstütze und das Liquiditätsrisiko aus übertragenen Investitionsermächtigungen. Zugleich zeigt er, dass Haushaltssperre und Besetzungsstopp die Lage stabilisieren, das strukturelle Defizit aber nicht schließen. Die mittelfristige Planung ab 2027 bleibt im Nachtrag unverändert; vor dem Hintergrund der Mittelanmeldung 2027 sollte sie im Haushaltssicherungskonzept realistisch fortgeschrieben werden.

[39] Landkreis Oberhavel, Entwurf der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2026 (aufgestellt am 27.08.2026): Satzung (S. 6 f.), Vorbericht (S. 8–15) und Gesamtergebnisplan (S. 17).

Vom Landkreis eingeleitete Maßnahmen

Der Landkreis hat seit April 2026 eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um seine Zahlungsfähigkeit zu sichern:

- eine differenzierte Haushaltssperre über 10,2 Mio. €, vor allem bei freiwilligen Leistungen und verwaltungsinternen Sachkosten,
- einen Besetzungsstopp mit Prüfung jeder Nachbesetzung sowie das Aussetzen der Stufenlaufzeitverkürzung,
- die Überprüfung aller geplanten Investitionen und das Aussetzen nicht begonnener Vorhaben,
- die Überarbeitung von Entgelt- und Gebührenordnungen, z. B. für Schülerbeförderung und Regionalmuseum,
- die Einrichtung einer internen Steuerungsgruppe Haushaltssicherung und die Erarbeitung eines Haushaltssicherungskonzepts für 2027 bis 2030,
- eine Klausurtagung, mit der die Kreistagsmitglieder in die Haushaltssicherung eingebunden werden.

Die KGSt würdigt diese Schritte ausdrücklich. Sie zeigen, dass Verwaltung und Politik den Handlungsbedarf erkannt haben und schnell handeln. Kurzfristige Instrumente wie Haushaltssperre und Besetzungsstopp sichern die Liquidität, ersetzen aber keine strukturelle Konsolidierung. Diese muss das Haushaltssicherungskonzept leisten.

Controlling: auf dem Weg zu einem Steuerungsinstrument

Der Landkreis hat sich auf den Weg gemacht, ein umfassendes Finanzcontrolling aufzubauen. Seit 2024 wurde der Bereich personell neu aufgestellt, die Controller:innen sind den Dezernaten und dem Leitungsstab fest zugeordnet, ein Berichtswesen und ein Investitionscontrolling befinden sich im Aufbau, und eine produktorientierte Haushaltsplanung mit dezentraler Ressourcenverantwortung wurde eingeführt.[40] Die KGSt würdigt diese Schritte ausdrücklich.

Aus Sicht der KGSt ist das Controlling jedoch noch kein wirksames Steuerungsinstrument. Das derzeitige Berichtswesen an die Verwaltungsleitung liefert noch nicht die Informationen, die für eine vorausschauende Steuerung erforderlich sind. Die eingesetzte BI-Software arbeitet nach Angaben des Landkreises nicht zufriedenstellend und soll abgelöst werden. Die deutlichen Unterschiede zwischen den Planansätzen in den Transferbereichen (vgl. Abschnitt 2.1) geben zudem Anlass, die Planungsgrundlagen vertieft zu prüfen.

Die KGSt empfiehlt, das Controlling konsequent zu einem Steuerungsinstrument weiterzuentwickeln, und zwar mit:

- einem regelmäßigen Berichtswesen mit Kernaussagen zum Ergebnis- und Finanzhaushalt, unterjährigen Prognosen und wenigen, aussagekräftigen Finanzkennzahlen,
- einer engen Verzahnung von Finanz- und Fachcontrolling, insbesondere über Fallzahlen und Fallkosten in der Jugend- und Sozialhilfe,
- einer fallzahlbasierten Planung der großen Transferbereiche,

[40] Angaben des Landkreises Oberhavel in seiner Stellungnahme vom 05.10.2026.

- einer Verknüpfung von Zielen und Kennzahlen der Produkte mit dem in Erarbeitung befindlichen Strategiekonzept.

Weitere Instrumente der Risikofrüherkennung sollten ergänzt werden: ein unterjähriges Forderungsmanagement (im Jahresabschluss 2023 wurden Einzelwertberichtigungen von rund 6,4 Mio. € gebucht, teilweise auf Forderungen, die älter als zehn Jahre waren), ein Drittmittel- und Vertragsmanagement sowie ein aktives Beteiligungsmanagement.

Rechnungsprüfung

Das Rechnungsprüfungsamt erhält die relevanten Beschlussvorlagen, auch zu Gebührenordnungen, vor der Beratung in der Dienstberatung zur Kenntnis und Mitzeichnung, und seine Leitung ist ständiges Mitglied der Dienstberatung des Leitungsstabes. Die KGSt empfiehlt, das Rechnungsprüfungsamt bei Kalkulationen und größeren Vergaben bereits in der Entwurfsphase einzubeziehen. So kann sein Fachwissen frühzeitig in die Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns einfließen.

Kreisumlage

Der Landkreis erhebt mit 32,3 % die niedrigste Kreisumlage in Brandenburg. Dies ist auch auf den Kita-Finanzierungsvertrag mit den Gemeinden zurückzuführen (vgl. Abschnitt 2.3). Der Landkreis bewertet die Kreisumlage anhand eines mit den Gemeinden abgestimmten Prüfschemas. In der Anwendung auf die Planungen der Haushalte 2025 gilt die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landkreises danach als gesichert.[41] Nach eigener Darstellung sieht die Verwaltung derzeit keine Veränderung der Kreisumlage vor, um die kreisangehörigen Gemeinden nicht zusätzlich zu belasten. Angesichts der strukturellen Fehlbeträge in der mittelfristigen Planung und des damit verbundenen Rücklagenverbrauchs empfiehlt die KGSt, das Prüfschema auf die aktuelle mittelfristige Planung neu anzuwenden. Sofern nach Ausschöpfung der eigenen Konsolidierungsmöglichkeiten weiterhin strukturelle Fehlbeträge verbleiben, sollte eine angemessene Anpassung des Kreisumlagehebesatzes als Bestandteil eines ausgewogenen Konsolidierungspakets geprüft werden. Dabei sind der Finanzbedarf des Landkreises und die finanzielle Leistungsfähigkeit der kreisangehörigen Gemeinden unter Berücksichtigung der rechtlichen Anforderungen sorgfältig gegeneinander abzuwägen.

Gesamteinschätzung

Die Haushaltslage ist aus Sicht der KGSt auf externe, nicht steuerbare Faktoren ebenso zurückzuführen wie auf interne Faktoren, die durch eine vorausschauende Finanzsteuerung beeinflussbar sind. Der Landkreis hat mit den seit April 2026 eingeleiteten Maßnahmen wichtige Schritte zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit unternommen. Die anstehende Aufgabe ist nun eine strukturelle Konsolidierung im Rahmen des Haushaltssicherungskonzepts 2027 bis 2030. Der Landkreis stellt dafür selbst die richtigen Fragen: Wie kann die Verwaltung digitaler arbeiten, wo lassen sich Prozesse straffen und wo Standards bei pflichtigen Aufgaben senken? Die Erkenntnisse und Maßnahmen dieses Berichts verstehen sich als Beitrag zu diesem Prozess. Sie bieten eine Grundlage für die Beratungen in Verwaltung und Kreistag.

[41] Landkreis Oberhavel, Haushalt 2026, Vorbericht, Abschnitt D (Kreisumlage, Prüfschema).

3 Liste denkbarer Konsolidierungsmaßnahmen

Die nachfolgende Übersicht fasst die denkbaren Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung zusammen. Sie beruhen auf der Gesamtwürdigung der KGSt aus Dokumentenanalyse, Benchmarkanalyse, den Gesprächen mit den Dezernaten, dem RPA und dem Leitungsstab sowie den Erfahrungen aus Vergleichsprojekten (vgl. Abschnitt 1.3). Wo sich eine Maßnahme unmittelbar aus der Benchmarkanalyse ableitet, ist dies vermerkt. Die Spalte „Status“ gibt den der KGSt bekannten Umsetzungsstand wieder, einschließlich der Angaben des Landkreises. Prüffelder sind Bereiche, in denen die KGSt eine vertiefende Betrachtung empfiehlt, ohne deren Ergebnis vorwegzunehmen. Wie in Abschnitt 1.4 dargestellt, lassen weder die Reihenfolge noch die Umfänglichkeit der Maßnahmen einen Rückschluss auf ihre Wichtigkeit oder Dringlichkeit zu.

Im Dezernat I sieht die KGSt im Bereich der Bauordnung und Bauaufsicht kaum Konsolidierungspotenziale. Nach den Tätigkeitsberichten der Unteren Bauaufsichtsbehörden in Brandenburg 2024 und 2025 positioniert sich der Landkreis überwiegend unauffällig bis positiv. Hervorzuheben ist das vollständig digitalisierte, papierlose Bauantragsverfahren. In der Eingliederungshilfe nach SGB IX steigt der Zuschussbedarf vom vorläufigen Ergebnis 2024 (2,4 Mio. €) auf den Ansatz 2026 (6,6 Mio. €).[42] Da die Steuerungsmöglichkeiten hier begrenzt sind, empfiehlt die KGSt über eine konsequente Steuerung im Gesamtplanverfahren hinaus keine gesonderten Maßnahmen. Zu Jobcenter und Gesundheitsamt vgl. Abschnitt 1.3.

Nr.	Maßnahme	Erläuterung	Status
Gesamtverwaltung (dezernatsübergreifend)			
1	Strategische Haushaltskonsolidierung mit Produktkritik	Zweck- und Vollzugskritik über alle Produkte, verknüpft mit der Erarbeitung des Strategiekonzepts. Jede Maßnahme wird danach bewertet, ob sie auf strategische Ziele einzahlt oder der Konsolidierungsaspekt überwiegt (vgl. Abschnitt 2.4). Anknüpfung an das Haushaltssicherungskonzept 2027–2030 und die Steuerungsgruppe Haushaltssicherung.	angestoßen
2	Prüfung frei werdender Stellen vor der Wiederbesetzung	Bis 2039 scheiden rund 31 % der Beschäftigten altersbedingt aus (vgl. Abschnitt 2.2). Vor jeder Nachbesetzung werden Notwendigkeit, Organisation, Digitalisierungspotenzial und Bewertung der Stelle geprüft. Seit 16.04.2026 Besetzungsstopp mit Prüfung jeder Nachbesetzung. Empfohlen wird, die Prüfung über die akute Lage hinaus dauerhaft zu verankern.	in Umsetzung
3	Schrittweise analytische Personalbemessung	Fallzahl- oder zeitbasierte Bemessung, beginnend in Jugend, Soziales und Migration sowie in den Querschnittsbereichen. Für das Jugendamt bieten sich anerkannte Fallrichtwerte für den Allgemeinen Sozialen Dienst und die Wirtschaftliche Jugendhilfe an.	offen
4	Bereinigung des Stellenplans und Folgekostendarstellung bei Stellenmehrungen	Die vorgesehene Bereinigung um dauerhaft nicht besetzte Stellen schafft Transparenz. Stellenmehrungen sollten künftig mit Aufgabenbegründung und Folgekosten vorgelegt werden. Stellenplanung 2027: 1.421 statt 1.674 Stellen (Prognose).	in Umsetzung

[42] Landkreis Oberhavel, Haushalt 2026, Teilergebnishaushalt Produkt 31400 Eingliederungshilfe nach SGB IX.

Nr.	Maßnahme	Erläuterung	Status
5	Vertiefender Vergleich des Personalaufwands und der Gemeinkosten	Bereinigter Vergleich mit ähnlich großen Landkreisen, insbesondere Potsdam-Mittelmark, unter Berücksichtigung von Aufgabenzuschnitt, Auslagerungen und Personalkostenerstattungen, sowie Gemeinkostenvergleich der Querschnittsbereiche (Benchmarkanalyse).	offen
6	Prüfung der Organisationsstruktur der Gesamtverwaltung	Prüfung, ob die Organisationsstruktur nach fachlichen und wirtschaftlichen Aspekten zielgerichtet gestaltet ist. Anlass ist die Entwicklung der Inneren Verwaltung im Benchmark (vgl. Abschnitt 2.2). Die KGSt empfiehlt, die Optimierung der Organisation als Daueraufgabe zu verankern: Bei größeren Veränderungen, etwa frei werdenden Stellen, neuen Aufgaben oder Umstrukturierungen, wird jeweils geprüft, ob fachlich zusammengehörige Aufgaben gebündelt, Querschnitts- und Unterstützungsfunktionen wirtschaftlich organisiert und Doppelstrukturen vermieden werden. Die Wirkung umgesetzter Organisationsänderungen sollte nachgehalten werden.	offen
7	Verbindliche Beschreibung und Überprüfung von Schnittstellen	Insbesondere IT und Digitalisierung, Gebäudemanagement sowie innere Querschnittsdienste einschließlich der Poststellen.	offen
8	Prozesskatalog und Digitalisierung der Prozesse	Beschreibung, Verschlankung und Digitalisierung der Kernprozesse in Anknüpfung an die Digitalisierungsstrategie und die Arbeit des Stabsbereichs Optimierung und Digitalisierung.	in Umsetzung
9	Dokumentenmanagementsystem für die gesamte Verwaltung	Reduzierung von Systembrüchen und Doppelerfassungen, Bereitstellung steuerungsrelevanter Daten.	angestoßen
10	Verschlankung und Digitalisierung der Fortbildungsanträge	Genehmigung durch die Führungskraft mit Budgetverantwortung.	offen
11	Steuerungsrelevante Produktkennzahlen und gemeinsame Auswertungssoftware	Kennzahlen, mit denen die Dezernate gezielt steuern können, in einer einheitlichen Softwarelösung. Anknüpfung an die geplante Ablösung der BI-Software.	angestoßen
12	Analyse der größten Sachkonten	Sach- und Dienstleistungen steigen von 2024 bis 2026 um 24 % (Benchmarkanalyse). Untersuchung der größten Konten, insbesondere Bewirtschaftung, Mieten, Gutachten und Fremdleistungen.	angestoßen
13	Convertible-Geräte statt Doppelausstattung mit Surface und PC	Geringere Beschaffungs- und Administrationskosten.	offen
14	Prüfung interkommunaler Rahmenverträge	Insbesondere für Schulausstattung, Büromobiliar und Büromaterial.	offen
15	Prüfung einer Vermietung der Parkplätze für Mitarbeitende	Rund 700 Parkplätze werden derzeit kostenlos zur Verfügung gestellt. Prüfkriterien: rechtlicher Rahmen, Verwaltungsaufwand, Auslastung und Auswirkungen auf die Personalgewinnung.	offen
16	Prüfung einer Weiterberechnung der Prüfung privater Elektrogeräte (DGUV)	Die Prüfung erfolgt derzeit kostenlos. Rechtliche Zulässigkeit und Wirtschaftlichkeit einer Kostenweitergabe sind zu prüfen.	offen
Prüffelder freiwillige Leistungen und Leistungsstandards			
17	Strategische Bewertung der freiwilligen Leistungen	Bewertung jeder freiwilligen Leistung nach Beitrag zu den strategischen Zielen, Wirkung und Alternativen (vgl. Abschnitt 2.4). Kürzungen im Rahmen der Haushaltssperre 2026; eine Priorisierung durch den Kreistag ist vorgesehen.	angestoßen

Nr.	Maßnahme	Erläuterung	Status
18	Prüfung des ÖPNV-Bestellniveaus	Überprüfung von Linien, Takten und Bedienzeiten anhand von Auslastung und Erschließungswirkung im Rahmen des Nahverkehrsplans. Der Produktbereich liegt im Benchmark bereits günstig (Benchmarkanalyse).	angestoßen
19	Kennzahlengestützte Überprüfung der kreiseigenen Einrichtungen	Kreismusikschule, Regionalmuseum, Volkshochschule, Ziegeleipark, Landwirtschaftsschule und Jugendbildungsstätten: Kostendeckungsgrad, Zuschuss je Nutzer:in, Entgeltstruktur und Kooperationsmöglichkeiten. Der Kulturbereich liegt im Benchmark bereits günstig (Benchmarkanalyse). Entgelte u. a. für das Regionalmuseum wurden bereits überarbeitet.	angestoßen
20	Prüfung freiwilliger Standards bei Pflichtaufgaben	Leistungen über das gesetzliche Maß hinaus, z. B. der freiwillige Zuschuss zur Schülerbeförderung. Höhere Einnahmen bei der Schülerbeförderung; Standards bei Pflichtaufgaben sind Gegenstand des Haushaltssicherungskonzepts.	angestoßen
Leitungsstab			
21	Überprüfung des Aufgabenspektrums und Wirksamkeitsmessung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	Prüfung des Aufgabenspektrums und der Wirksamkeit, einschließlich eines Kostenvergleichs zwischen Eigen- und Fremdleistung.	offen
Kreistag und Gremienarbeit			
22	Überprüfung der Hardware-Zuschüsse für Kreistagsmitglieder	Derzeit 750 € je Mitglied und Wahlperiode. Abwägung mit dem Ausstattungsbedarf der digitalen Gremienarbeit und mit Alternativen (z. B. Leihgeräte).	offen
23	Prüfung einer Pauschalierung der Sitzungsgelder	Reduzierung des Abrechnungsaufwands durch eine pauschalierte Entschädigung, vorbehaltlich der rechtlichen Zulässigkeit.	offen
Rechnungsprüfungsamt			
24	Frühzeitige Einbindung des Rechnungsprüfungsamtes	Einbeziehung bei Kalkulationen und größeren Vergaben bereits in der Entwurfsphase, Weiterentwicklung zu einer stärker beratenden Rolle.	offen
25	Erneute Kalkulation der Prüfungsgebühren	Nach dem Beschluss zu den Prüfungsgebühren vom 10.07.2025 erscheint im Jahr 2027 eine erneute Kalkulation sinnhaft, um ggf. inzwischen veränderte Ausgangswerte zu berücksichtigen.	offen
Dezernat II (Schule)			
26	Integration der Schulreinigung in den Rahmenvertrag	Derzeit bestehen zwei verschiedene Verträge.	offen
27	Anpassung der Entgelte für die Vermietung von Schulräumen	Die Richtlinie einschließlich der Preise ist rund 25 Jahre alt.	angestoßen
28	Interkommunale Zusammenarbeit bei der Schülerspezialbeförderung	Prüfung gemeinsamer Ausschreibungen und Touren.	offen
29	Anregung an das Land zur Anpassung der Eigenanteile für Lehr- und Lernmittel	Die Eigenanteile sind seit mehreren Jahren unverändert. Landespolitischer Handlungsimpuls, nicht unmittelbar durch den Landkreis steuerbar.	offen
30	Kennzahlen je Schüler:in und Fläche sowie Folgekostentransparenz	Der Zuschussbedarf der Schulträgeraufgaben lag 2024 deutlich über dem Median (Benchmarkanalyse). Ermittlung von Kennzahlen je Schüler:in und je m², Darstellung der Folgekosten laufender Schulbauinvestitionen.	offen
Dezernat III (Arbeit und Soziales)			
31	Analyse der Fallkostenentwicklung in der Hilfe zur Pflege	Die Fallkosten steigen ambulant wie stationär stark, die ambulanten Fallkosten liegen über den stationären. Ursachenanalyse und Nutzung der vorhandenen Steuerungsmöglichkeiten.	offen

Nr.	Maßnahme	Erläuterung	Status
32	Fach- und Finanzcontrolling im Sozialbereich	Kennzahlengestütztes Controlling von Fallzahlen und Fallkosten als Grundlage für Steuerung und Planung.	angestoßen
33	Flexibilisierung der Mietverträge für Gemeinschaftsunterkünfte	Kürzere Laufzeiten bzw. Auflösungsklauseln gemeinsam mit der Tochtergesellschaft, um bei sinkenden Zuweisungen Kapazitäten aufgeben zu können.	offen
Dezernat IV (Service, Mobilität und Sicherheit)			
34	Fachanwendung für computergestütztes Facility Management (CAFM)	Bestandsaufnahme und zentrale Abbildung aller Flächen und Kosten für die Dezernate II und IV als Grundlage einer kennzahlengestützten Steuerung.	angestoßen
35	Reduzierung der Büroflächen und Einführung von Desksharing	Mit dem Umbau des erworbenen Gebäudes (Haus 4) sollten Flächen an anderer Stelle über das Verhältnis 1:1 hinaus aufgegeben werden. Zielmarke: Arbeitsplätze für höchstens 80 % der Belegschaft.	in Umsetzung
36	Überprüfung der Pflege- und Reinigungsstandards	Standardanpassung über die Leistungsverzeichnisse bei anstehenden Neuausschreibungen.	in Umsetzung
37	Auslastungsanalyse des Fuhrparks	Überprüfung von Fahrzeugzahl und Beschaffungsweg anhand von Auslastung, Einsatzprofilen und Spitzenbedarfen.	in Umsetzung
38	Prüfung von Photovoltaik auf kreiseigenen Gebäuden	Bislang sind nicht flächendeckend Anlagen vorhanden. Wirtschaftlichkeitsbetrachtung über Lebenszykluskosten, Eigenverbrauch und Finanzierung.	offen
39	Prüfung einer Ertragssteigerung in der Bußgeldstelle	Prüfung, ob sich eine Aufstockung im Außen- und Innendienst durch Mehrerträge refinanziert.	offen
Dezernat V (Jugend, Gesundheit und Verbraucherschutz)			
40	Analyse von Fallzahlen und Fallkosten je Hilfeart	Absicherung der im Benchmark günstigsten Position bei zugleich steigendem Zuschussbedarf (Benchmarkanalyse). Einbezug der Aufgabenteilung in der Kindertagesbetreuung und des Bezugs auf junge Einwohner:innen.	offen
41	Stärkung ambulanter Hilfen	Ursachenanalyse zum Verhältnis ambulanter und stationärer Hilfen und Maßnahmen zur Stärkung des Grundsatzes „ambulant vor stationär“.	offen
42	Ausbau der Vollzeitpflege	Gezielte Akquise von Pflegefamilien, auch über die Öffentlichkeitsarbeit des Landkreises.	in Umsetzung
43	Ausweitung von Poollösungen bei Hilfen nach § 35a SGB VIII	Übertragung des an einer Pilotschule erprobten Modells auf weitere Schulen.	angestoßen
44	Digitale Aktenführung in den Hilfen zur Erziehung	Medienbruchfreie Fallbearbeitung zwischen Allgemeinem Sozialen Dienst und Wirtschaftlicher Jugendhilfe.	offen
45	Verzahntes Fach- und Finanzcontrolling in den Hilfen zur Erziehung	Verknüpfung von Fallzahlen und Finanzdaten nach Hilfearten, Trägern, Laufzeiten und Sozialräumen.	offen
46	Gesamtstrategie für die Hilfen zur Erziehung	Gemeinsam mit Politik und Verwaltung, mit messbaren Zielen und regelmäßiger Erfolgskontrolle.	offen
Dezernat VI (Finanzen und IT)			
47	Aufbau eines steuerungsgeeigneten Berichtswesens	Regelmäßige Berichte mit Kernaussagen zu Ergebnis- und Finanzhaushalt, unterjährigen Prognosen und Finanzkennzahlen.	angestoßen
48	Verzahnung von zentralem Finanzcontrolling und Fachcontrolling	Insbesondere über Fallzahlen und Fallkosten im Jugend- und Sozialbereich.	angestoßen
49	Vertiefte Prüfung der Planungsannahmen und fallzahlbasierte Planung der Transferbereiche	Anlass sind deutliche Unterschiede zwischen vorläufigem Ergebnis 2024 und den Ansätzen 2025 und 2026 (Benchmarkanalyse). Zu berücksichtigen sind Fallzahlentwicklungen, Rechtsänderungen, Erstattungsregelungen und Buchungssystematik. Der Nachtrag 2026 hat die Ansätze 2026 bereits korrigiert; die Empfehlung zielt auf die Planung ab 2027.	offen

Nr.	Maßnahme	Erläuterung	Status
50	Ausbau des Forderungsmanagements	Regelmäßige unterjährige Überprüfung offener Forderungen und rechtzeitige Beitreibung.	offen
51	Drittmittelcontrolling	Überblick über Anzahl, Höhe und Risiken aller Drittmittel.	in Umsetzung
52	Vertragsmanagement	Früherkennung finanzieller Risiken aus Verträgen.	in Umsetzung
53	Aktives Beteiligungsmanagement	Steuerung der Mehrheitsbeteiligungen mit großer Haushaltsrelevanz und Unterstützung der Gremienmitglieder des Landkreises.	in Umsetzung
54	Ausschöpfung der Kalkulationsmöglichkeiten nach dem Kommunalabgabengesetz (KAG)	Berücksichtigung aller zulässigen Kostenpositionen, insbesondere kalkulatorischer Zinsen und Abschreibungen. Gebührensatzungen werden derzeit überarbeitet.	angestoßen
55	Prüfung einer angemessenen Anpassung des Kreisumlagehebesatzes	Niedrigste Kreisumlage und niedrigste allgemeine Deckungsmittel in Brandenburg (Benchmarkanalyse). Prüfung nur, soweit nach Ausschöpfung eigener Konsolidierungsmöglichkeiten strukturelle Fehlbeträge verbleiben, und unter Abwägung mit der finanziellen Leistungsfähigkeit der kreisangehörigen Gemeinden.	offen
56	Bessere Vernetzung von IT und Schul-IT	Gemeinsame Standards, abgestimmte Prozesse und gebündelte Hardwarebeschaffung.	offen
57	Strategische Priorisierung der Investitionen	Der Landkreis hat mit der Überprüfung aller geplanten Investitionen und dem Aussetzen nicht begonnener Vorhaben frühzeitig und konsequent gegengesteuert; mit dem Nachtrag 2026 wurden sämtliche Investitionen neu priorisiert. Die KGSt empfiehlt, daraus ein dauerhaftes Verfahren zu entwickeln, das Investitionen nach strategischen Gesichtspunkten priorisiert, zum Beispiel mithilfe einer Nutzwertanalyse. Die Kriterien sollte der Landkreis individuell festlegen, etwa rechtliche Verpflichtung, vertragliche Bindung, Beitrag zu den strategischen Zielen (vgl. Maßnahme 1) und Folgekosten. Ziel ist, die Aufnahme von Investitionskrediten möglichst zu vermeiden und zusätzliche Zinslasten zu begrenzen.	angestoßen

Tabelle 6: Übersicht denkbarer Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung

4 Anhang

Die Anhänge 1 bis 11 dokumentieren die Benchmarkanalyse der KGSt, Anhang 12 die wesentlichen freiwilligen Leistungen des Landkreises. Grundlage der Benchmarkanalyse sind die Haushaltspläne der 14 Brandenburger Landkreise. Negative Werte bedeuten Zuschussbedarf, positive Werte Überschuss. Werte 2024: Ist bzw. vorläufiges Ist laut Haushaltsplänen, bei Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz und Spree-Neiße Ansatz 2024; Werte 2025 und 2026: Planansätze. Median: mittlerer Wert der Landkreise, bei gerader Anzahl der Durchschnitt der beiden mittleren Werte. Abkürzungen der Landkreise nach Kfz-Kennzeichen.

Anhang 1: Datengrundlage und Einwohnerzahlen

Landkreis	Datenbasis 2024	Fundstelle im Haushaltsplan	Trägerform Jobcenter	Einwohner:innen 31.12.2024	Einwohner:innen 31.12.2025	Einwohner:innen 30.06.2026
Barnim (BAR)	Ergebnis 2024	Haushaltsplan 2026, Teilproduktpläne (2-Steller) und Gesamtplan	gemeinsame Einrichtung	194.169	194.885	194.365
Dahme-Spreewald (LDS)	Ergebnis 2024	Haushalt 2026/2027, Band II Ergebnishaushalt (PB 56 und 71 nicht geführt)	gemeinsame Einrichtung	178.793	179.480	179.385
Elbe-Elster (EE)	Ansatz 2024	Haushaltsplan 2025/2026 (Doppelhaushalt); kein Ergebnis 2024 enthalten, daher Ansatz 2024	gemeinsame Einrichtung	97.967	97.017	96.412
Havelland (HVL)	vorläufiges Ergebnis 2024	Haushalt 2026, Teilergebnishaushalte der Produktbereiche	zugelassener kommunaler Träger	170.834	170.792	170.401
Märkisch-Oderland (MOL)	vorläufiges Ergebnis 2024	Haushaltsplan 2026, Teilergebnishaushalte und Gesamtergebnishaushalt	gemeinsame Einrichtung	197.817	197.192	196.680
Oberhavel (OHV)	**vorläufiges Ergebnis 2024**	**Haushalt 2026, Abschnitt 3.2 Ergebnispläne der Produktbereiche**	**zugelassener kommunaler Träger**	**217.690**	**217.858**	**217.652**
Oberspreewald-Lausitz (OSL)	Ansatz 2024	Haushaltsplan 2025/2026 (Doppelhaushalt); Ist nur für 2023 enthalten, daher Ansatz 2024	gemeinsame Einrichtung	107.793	106.744	106.298
Oder-Spree (LOS)	vorläufiges Ergebnis 2024	Haushaltsplan 2026, Teilergebnishaushalte je Produktbereich (vorläufiges Rechnungsergebnis 2024)	zugelassener kommunaler Träger	179.817	179.142	178.238
Ostprignitz-Ruppin (OPR)	Ergebnis 2024	Haushaltsplan 2026, Abschnitt 7.1.2 Summen der Produktbereiche	zugelassener kommunaler Träger	99.152	98.704	98.258
Potsdam-Mittelmark (PM)	vorläufiges Ergebnis 2024	Haushaltssatzung 2026 Teil 1, Teilergebnishaushalte der Produktbereiche	zugelassener kommunaler Träger	221.268	221.347	220.937
Prignitz (PR)	Ergebnis 2024	Haushalt 2026/2027 (Doppelhaushalt) mit Ergebnis 2024	gemeinsame Einrichtung	75.595	74.942	74.457
Spree-Neiße (SPN)	Ansatz 2024	Haushaltsplan 2026, Abschnitt 6.2; Jahresabschluss 2024 in Arbeit, daher Ansatz 2024	zugelassener kommunaler Träger	109.635	108.574	108.239
Teltow-Fläming (TF)	vorläufiges Ergebnis 2024	Haushaltsplan 2026 (Beschluss), Teilpläne der Produktbereiche (S. 205 ff.) und Gesamtergebnishaushalt (S. 187)	gemeinsame Einrichtung	177.688	177.982	177.728
Uckermark (UM)	vorläufiges Ergebnis 2024	Haushalt 2026, Teilhaushalte nach Produktbereichen	zugelassener kommunaler Träger	117.432	116.422	115.929

Quellen: Haushaltspläne der Landkreise; Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Statistischer Bericht A I 4; Kommunalträger-Zulassungsverordnung (KomtrZV), Anlage zu § 1. Einwohnerbezug: 2024 Stand 31.12.2024, 2025 Stand 31.12.2025, 2026 Stand 30.06.2026.

Anhang 2: Produktbereiche je Einwohner:in – Oberhavel und Median

Produktbereich	OHV 2024	Median 2024	Rang	OHV 2025	Median 2025	Rang	OHV 2026	Median 2026	Rang
11 Innere Verwaltung	−151,4	−148,5	8 / 14	−171,2	−163,4	8 / 14	−179,6	−159,1	10 / 14
12 Sicherheit und Ordnung	−33,6	−47,5	2 / 14	−32,7	−49,5	2 / 14	−29,5	−49,2	3 / 14
21-24 Schulträgeraufgaben	−175,8	−157,1	12 / 14	−179,7	−159,3	10 / 14	−173,6	−174,8	7 / 14
25-29 Kultur und Wissenschaft	−13,1	−18,8	1 / 14	−16,6	−23,4	3 / 14	−15,0	−22,7	2 / 14
31-35 Soziale Hilfen	−141,5	−168,2	5 / 14	−191,9	−199,3	6 / 14	−155,1	−203,1	2 / 14
36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	−295,0	−480,4	1 / 14	−298,6	−524,1	1 / 14	−320,2	−512,2	1 / 14
41 Gesundheitsdienste	−18,9	−23,7	3 / 14	−23,5	−26,0	2 / 14	−20,0	−25,1	2 / 14
42 Sportförderung	−2,5	−1,8	9 / 14	−2,5	−2,2	9 / 14	−1,5	−2,1	5 / 14
51 Räumliche Planung und Entwicklung	−10,8	−4,0	12 / 14	−9,9	−3,7	11 / 14	−7,7	−3,0	10 / 14
52 Bauen und Wohnen	−2,9	0,7	11 / 14	−4,0	−2,9	9 / 14	−5,5	−0,5	12 / 14
53 Ver- und Entsorgung	−0,6	−3,4	3 / 14	−0,5	−3,9	3 / 14	−0,3	−4,0	3 / 14
54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	−56,6	−82,7	2 / 14	−68,7	−102,6	2 / 14	−73,6	−109,7	2 / 14
55 Natur- und Landschaftspflege	−10,3	−14,4	5 / 14	−12,7	−16,2	5 / 14	−12,5	−16,0	5 / 14
56 Umweltschutz	−13,3	−6,3	9 / 10	−4,6	−5,6	5 / 10	−3,8	−4,3	5 / 10
57 Wirtschaft und Tourismus	−12,3	−12,3	7 / 14	−15,6	−13,0	9 / 14	−17,8	−13,3	10 / 14
61 Allgemeine Finanzwirtschaft	913,9	1.091,4	14 / 14	978,3	1.178,3	14 / 14	962,0	1.142,0	14 / 14
Ordentliches Ergebnis gesamt	**−24,7**	**−84,6**	**4 / 14**	**−54,2**	**−104,2**	**3 / 14**	**−53,7**	**−177,6**	**1 / 14**
Fachproduktbereiche gesamt (ohne 61)	**−938,5**	**−1.123,2**	**1 / 14**	**−1.032,5**	**−1.309,7**	**1 / 14**	**−1.015,7**	**−1.284,3**	**1 / 14**

Ordentliches Ergebnis in € je Einwohner:in. Werte 2024: Jahresergebnis, vorläufiges Ergebnis bzw. Ansatz 2024 (vgl. Anhang 1); Werte 2025 und 2026: Planansätze. Rang 1 = geringster Zuschussbedarf bzw. höchster Überschuss unter 14 Landkreisen. Quelle: Haushaltspläne der 14 Brandenburger Landkreise (vgl. Anhang 1); Einwohnerzahlen: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg; Berechnung der KGSt.

Anhang 3: Produktbereiche je Einwohner:in – alle Landkreise 2024

Produktbereich	BAR	LDS	EE	HVL	MOL	OHV	OSL	LOS	OPR	PM	PR	SPN	TF	UM	Median
11 Innere Verwaltung	−93	−106	−182	−178	−90	−151	−158	−153	−152	−122	−187	−146	−124	−108	−149
12 Sicherheit und Ordnung	−49	−46	−50	−62	−28	−34	−113	−50	−42	−39	−35	−41	−49	−90	−47
21-24 Schulträgeraufgaben	−169	−136	−147	−99	−150	−176	−139	−127	−163	−156	−176	−182	−158	−159	−157
25-29 Kultur und Wissenschaft	−14	−18	−38	−30	−15	−13	−45	−26	−19	−15	−18	−25	−16	−21	−19
31-35 Soziale Hilfen	−140	−180	−192	−156	−157	−142	−258	−188	−120	−134	−186	−185	−134	−195	−168
36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	−488	−469	−493	−480	−492	−295	−517	−403	−481	−514	−388	−445	−456	−554	−480
41 Gesundheitsdienste	−27	−37	−22	−23	−24	−19	−37	−18	−65	−20	−17	−27	−23	−24	−24
42 Sportförderung	−3	−8	−3	−4	−1	−2	−2	−3	−2	−2	−1	−1	−1	−2	−2
51 Räumliche Planung und Entwicklung	−1	−17	−10	−4	−1	−11	−3	−10	−3	−4	45	−14	−6	−1	−4
52 Bauen und Wohnen	0	0	−18	4	2	−3	10	9	1	−1	2	−3	−6	9	1
53 Ver- und Entsorgung	−12	−4	−2	2	−7	−1	−7	−3	−2	−1	1	−12	−6	−4	−3
54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	−85	−85	−80	−102	−75	−57	−85	−66	7	−122	−105	−134	−78	−81	−83
55 Natur- und Landschaftspflege	−9	−19	−14	−5	−7	−10	−16	−14	−15	−8	−28	−22	−17	−14	−14
56 Umweltschutz	0	–	−7	−1	−2	−13	−7	–	−6	−22	–	–	−2	−8	−6
57 Wirtschaft und Tourismus	−20	−14	−14	−20	−6	−12	−12	1	−8	−11	−13	−14	−3	−7	−12
61 Allgemeine Finanzwirtschaft	994	951	1.184	1.078	1.037	914	1.139	944	1.160	1.105	1.207	1.123	987	1.224	1.091
Ordentliches Ergebnis gesamt	**−114**	**−187**	**−88**	**−82**	**−16**	**−25**	**−250**	**−107**	**90**	**−65**	**102**	**−129**	**−93**	**−34**	**−85**

Ordentliches Ergebnis in € je Einwohner:in, Ergebnis 2024 (Jahresergebnis, vorläufiges Ergebnis bzw. Ansatz 2024; vgl. Anhang 1); „–“ = Produktbereich im Haushaltsplan nicht geführt. Quelle: Haushaltspläne der 14 Brandenburger Landkreise (vgl. Anhang 1); Einwohnerzahlen: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg; Berechnung der KGSt.

Anhang 4: Produktbereiche je Einwohner:in – alle Landkreise 2025

Produktbereich	BAR	LDS	EE	HVL	MOL	OHV	OSL	LOS	OPR	PM	PR	SPN	TF	UM	Median
11 Innere Verwaltung	−131	−105	−202	−156	−99	−171	−175	−174	−183	−154	−227	−125	−146	−198	−163
12 Sicherheit und Ordnung	−44	−57	−62	−52	−31	−33	−105	−48	−47	−35	−51	−48	−57	−52	−50
21-24 Schulträgeraufgaben	−179	−149	−155	−114	−211	−180	−158	−156	−196	−160	−196	−159	−153	−187	−159
25-29 Kultur und Wissenschaft	−16	−23	−48	−27	−18	−17	−51	−26	−23	−15	−22	−25	−19	−27	−23
31-35 Soziale Hilfen	−175	−240	−221	−150	−205	−192	−297	−194	−224	−185	−245	−182	−168	−328	−199
36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	−507	−538	−525	−545	−569	−299	−524	−417	−525	−552	−390	−471	−509	−617	−524
41 Gesundheitsdienste	−28	−32	−24	−27	−25	−23	−39	−29	−38	−24	−24	−24	−22	−32	−26
42 Sportförderung	−3	−11	−3	−4	−1	−2	−2	−2	−3	−1	−1	−1	−1	−2	−2
51 Räumliche Planung und Entwicklung	−2	−24	−10	−5	−1	−10	−3	−3	−3	−4	−33	−11	−3	3	−4
52 Bauen und Wohnen	−2	8	−19	−4	−2	−4	20	32	−5	0	−10	−4	−5	−2	−3
53 Ver- und Entsorgung	−3	−7	−2	3	−11	0	−12	−3	−12	0	−19	−14	−5	−2	−4
54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	−83	−103	−101	−102	−85	−69	−119	−84	−31	−145	−151	−203	−107	−126	−103
55 Natur- und Landschaftspflege	−8	−21	−17	−5	−8	−13	−18	−16	−18	−9	−33	−19	−18	−14	−16
56 Umweltschutz	0	–	−8	−2	−3	−5	−7	–	−7	−11	–	–	−2	−13	−6
57 Wirtschaft und Tourismus	−60	−17	−13	−23	−6	−16	−11	−18	−8	−13	−13	−24	−7	−10	−13
61 Allgemeine Finanzwirtschaft	1.118	1.083	1.257	1.168	1.117	978	1.188	1.078	1.291	1.198	1.337	1.231	1.126	1.352	1.178
Ordentliches Ergebnis gesamt	**−123**	**−238**	**−153**	**−46**	**−158**	**−54**	**−311**	**−61**	**−31**	**−113**	**−80**	**−78**	**−96**	**−254**	**−104**

Ordentliches Ergebnis in € je Einwohner:in, Planansatz 2025; „–“ = Produktbereich im Haushaltsplan nicht geführt. Quelle: Haushaltspläne der 14 Brandenburger Landkreise (vgl. Anhang 1); Einwohnerzahlen: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg; Berechnung der KGSt.

Anhang 5: Produktbereiche je Einwohner:in – alle Landkreise 2026

Produktbereich	BAR	LDS	EE	HVL	MOL	OHV	OSL	LOS	OPR	PM	PR	SPN	TF	UM	Median
11 Innere Verwaltung	−136	−110	−207	−156	−101	−180	−180	−145	−162	−145	−243	−164	−137	−208	−159
12 Sicherheit und Ordnung	−34	−53	−66	−53	−28	−30	−114	−50	−48	−40	−74	−48	−58	−27	−49
21-24 Schulträgeraufgaben	−187	−149	−165	−125	−245	−174	−181	−152	−203	−176	−218	−161	−168	−185	−175
25-29 Kultur und Wissenschaft	−14	−19	−48	−28	−18	−15	−55	−30	−22	−19	−23	−24	−16	−28	−23
31-35 Soziale Hilfen	−160	−204	−239	−144	−189	−155	−310	−202	−227	−174	−269	−206	−193	−312	−203
36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	−498	−518	−558	−541	−577	−320	−545	−428	−573	−491	−420	−493	−506	−612	−512
41 Gesundheitsdienste	−29	−36	−25	−24	−24	−20	−40	−24	−48	−25	−26	−20	−23	−66	−25
42 Sportförderung	−3	−9	−3	−4	−1	−2	−2	−3	−3	−1	−2	−1	−1	−2	−2
51 Räumliche Planung und Entwicklung	−2	−17	−10	−3	−1	−8	−3	−3	8	−3	−25	−11	−4	2	−3
52 Bauen und Wohnen	−1	6	−21	4	5	−5	−4	11	−2	0	−11	−1	6	3	0
53 Ver- und Entsorgung	−3	−6	−2	0	−10	0	−7	−3	−18	−1	2	−11	−5	−5	−4
54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	−106	−113	−103	−135	−98	−74	−131	−83	−57	−140	−155	−246	−107	−123	−110
55 Natur- und Landschaftspflege	−9	−20	−17	−8	−8	−12	−19	−14	−18	−9	−34	−18	−20	−15	−16
56 Umweltschutz	0	–	−8	−2	−3	−4	−7	–	−5	−11	–	–	−2	−15	−4
57 Wirtschaft und Tourismus	−27	−18	−14	−21	−5	−18	−12	11	−7	−15	−13	−31	−6	−8	−13
61 Allgemeine Finanzwirtschaft	1.053	1.039	1.330	1.120	1.083	962	1.180	1.020	1.185	1.127	1.296	1.237	1.157	1.233	1.142
Ordentliches Ergebnis gesamt	**−156**	**−227**	**−154**	**−120**	**−220**	**−54**	**−430**	**−95**	**−199**	**−123**	**−215**	**−200**	**−80**	**−368**	**−178**

Ordentliches Ergebnis in € je Einwohner:in, Planansatz 2026; „–“ = Produktbereich im Haushaltsplan nicht geführt. Quelle: Haushaltspläne der 14 Brandenburger Landkreise (vgl. Anhang 1); Einwohnerzahlen: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg; Berechnung der KGSt.

Anhang 6: Produktbereiche Oberhavel – absolute Werte

Produktbereich	vorl. Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Veränderung 2024–2026
11 Innere Verwaltung	−33,0 Mio. €	−37,3 Mio. €	−39,1 Mio. €	−6,1 Mio. €
12 Sicherheit und Ordnung	−7,3 Mio. €	−7,1 Mio. €	−6,4 Mio. €	0,9 Mio. €
21-24 Schulträgeraufgaben	−38,3 Mio. €	−39,1 Mio. €	−37,8 Mio. €	0,5 Mio. €
25-29 Kultur und Wissenschaft	−2,9 Mio. €	−3,6 Mio. €	−3,3 Mio. €	−0,4 Mio. €
31-35 Soziale Hilfen	−30,8 Mio. €	−41,8 Mio. €	−33,8 Mio. €	−3,0 Mio. €
36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	−64,2 Mio. €	−65,0 Mio. €	−69,7 Mio. €	−5,5 Mio. €
41 Gesundheitsdienste	−4,1 Mio. €	−5,1 Mio. €	−4,4 Mio. €	−0,2 Mio. €
42 Sportförderung	−0,5 Mio. €	−0,5 Mio. €	−0,3 Mio. €	0,2 Mio. €
51 Räumliche Planung und Entwicklung	−2,4 Mio. €	−2,1 Mio. €	−1,7 Mio. €	0,7 Mio. €
52 Bauen und Wohnen	−0,6 Mio. €	−0,9 Mio. €	−1,2 Mio. €	−0,6 Mio. €
53 Ver- und Entsorgung	−0,1 Mio. €	−0,1 Mio. €	−0,1 Mio. €	0,1 Mio. €
54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	−12,3 Mio. €	−15,0 Mio. €	−16,0 Mio. €	−3,7 Mio. €
55 Natur- und Landschaftspflege	−2,2 Mio. €	−2,8 Mio. €	−2,7 Mio. €	−0,5 Mio. €
56 Umweltschutz	−2,9 Mio. €	−1,0 Mio. €	−0,8 Mio. €	2,1 Mio. €
57 Wirtschaft und Tourismus	−2,7 Mio. €	−3,4 Mio. €	−3,9 Mio. €	−1,2 Mio. €
61 Allgemeine Finanzwirtschaft	198,9 Mio. €	213,1 Mio. €	209,4 Mio. €	10,4 Mio. €
Ordentliches Ergebnis gesamt	**−5,4 Mio. €**	**−11,8 Mio. €**	**−11,7 Mio. €**	**−6,3 Mio. €**

Negative Werte = Zuschussbedarf; eine negative Veränderung bedeutet einen steigenden Zuschussbedarf bzw. sinkenden Überschuss. Quelle: Landkreis Oberhavel, Haushalt 2026; Berechnung der KGSt.

Anhang 7: Aufwandsarten je Einwohner:in – alle Landkreise

Landkreis	Jobcenter	Personal 2024	Personal 2025	Personal 2026	Sach-/DL 2024	Sach-/DL 2025	Sach-/DL 2026	Transfer 2024	Transfer 2025	Transfer 2026
Barnim (BAR)	gE	340	359	368	146	198	197	1.570	1.646	1.666
Dahme-Spreewald (LDS)	gE	420	477	485	132	151	157	1.359	1.505	1.498
Elbe-Elster (EE)	gE	539	623	648	188	208	199	1.406	1.677	1.787
Havelland (HVL)	zkT	435	451	482	209	220	220	2.058	2.143	2.230
Märkisch-Oderland (MOL)	gE	324	341	350	87	107	100	1.633	1.721	1.795
Oberhavel (OHV)	**zkT**	**423**	**487**	**479**	**202**	**240**	**251**	**1.546**	**1.469**	**1.637**
Oberspreewald-Lausitz (OSL)	gE	481	495	512	126	176	196	1.690	1.786	1.884
Oder-Spree (LOS)	zkT	474	501	516	255	284	237	2.067	2.129	2.297
Ostprignitz-Ruppin (OPR)	zkT	634	718	686	263	287	294	2.159	2.338	2.682
Potsdam-Mittelmark (PM)	zkT	360	401	399	211	242	253	1.891	1.942	1.989
Prignitz (PR)	gE	586	678	665	255	212	315	1.651	1.691	1.934
Spree-Neiße (SPN)	zkT	523	545	569	367	326	377	1.328	1.563	1.695
Teltow-Fläming (TF)	gE	395	414	435	83	113	113	1.475	1.566	1.649
Uckermark (UM)	zkT	562	621	645	184	231	228	2.690	2.914	2.963
Median		**454**	**491**	**498**	**195**	**216**	**224**	**1.642**	**1.706**	**1.839**

Werte in € je Einwohner:in. zkT = zugelassener kommunaler Träger, gE = gemeinsame Einrichtung. Quelle: Haushaltspläne der 14 Brandenburger Landkreise (vgl. Anhang 1); Einwohnerzahlen: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg; Berechnung der KGSt.

Anhang 8: Weitere Kennzahlen des Gesamtergebnisses

Landkreis	Öff.-rechtl. Entgelte 2024	Öff.-rechtl. Entgelte 2025	Öff.-rechtl. Entgelte 2026	Finanzergeb-nis 2024	Finanzergeb-nis 2025	Finanzergeb-nis 2026	Ord. Ergebnis 2024	Ord. Ergebnis 2025	Ord. Ergebnis 2026
Barnim (BAR)	294	305	334	6	2	−8	−114	−123	−156
Dahme-Spreewald (LDS)	237	261	276	12	4	−4	−187	−238	−227
Elbe-Elster (EE)	49	51	51	−1	0	−4	−88	−153	−154
Havelland (HVL)	269	290	321	2	0	−8	−82	−46	−120
Märkisch-Oderland (MOL)	42	42	57	12	2	−6	−16	−158	−220
Oberhavel (OHV)	**245**	**262**	**291**	**22**	**32**	**30**	**−25**	**−54**	**−54**
Oberspreewald-Lausitz (OSL)	273	258	246	2	−1	−13	−250	−311	−430
Oder-Spree (LOS)	66	79	73	8	12	2	−107	−61	−95
Ostprignitz-Ruppin (OPR)	168	170	193	14	19	−2	90	−31	−199
Potsdam-Mittelmark (PM)	297	325	340	14	5	−2	−65	−113	−123
Prignitz (PR)	150	159	169	30	9	6	102	−80	−215
Spree-Neiße (SPN)	260	282	316	−11	−11	−15	−128	−78	−200
Teltow-Fläming (TF)	62	64	77	2	2	2	−93	−96	−80
Uckermark (UM)	363	459	509	10	3	−2	−34	−254	−368
Median	**241**	**260**	**261**	**9**	**3**	**−3**	**−85**	**−104**	**−178**

Werte in € je Einwohner:in. Quelle: Haushaltspläne der 14 Brandenburger Landkreise (vgl. Anhang 1); Einwohnerzahlen: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg; Berechnung der KGSt.

Anhang 9: Vergleich nach Trägerform des Jobcenters

Kennzahl je Einwohner:in	Oberhavel	Median alle 14 (Rang OHV)	Median 7 zkT (Rang OHV)	Median 7 gE	Median Größen-klasse (Rang OHV)	Median 4 zkT der Größenklasse (Rang OHV)	Median 4 gE der Größenklasse
Personalaufwand 2024	423	454 (6/14)	474 (2/7)	420	408 (6/8)	429 (2/4)	368
Personalaufwand 2025	487	491 (7/14)	501 (3/7)	477	433 (7/8)	469 (3/4)	387
Personalaufwand 2026	479	498 (5/14)	516 (2/7)	485	457 (5/8)	480 (2/4)	401
Sach- und Dienstleistungen 2024	202	195 (8/14)	211 (2/7)	132	174 (5/8)	210 (1/4)	110
Sach- und Dienstleistungen 2025	240	216 (10/14)	242 (3/7)	176	209 (6/8)	241 (2/4)	132
Sach- und Dienstleistungen 2026	251	224 (10/14)	251 (4/7)	196	208 (7/8)	244 (3/4)	135
Transferaufwand 2024	1.546	1.642 (5/14)	2.058 (2/7)	1.570	1.601 (3/8)	1.975 (1/4)	1.522
Transferaufwand 2025	1.469	1.706 (1/14)	2.129 (1/7)	1.677	1.684 (1/8)	2.036 (1/4)	1.606
Transferaufwand 2026	1.637	1.839 (2/14)	2.230 (1/7)	1.787	1.731 (2/8)	2.110 (1/4)	1.658

Werte in € je Einwohner:in. Rang 1 = geringster Aufwand. zkT (zugelassene kommunale Träger nach KomtrZV): Havelland, Oberhavel, Oder-Spree, Ostprignitz-Ruppin, Potsdam-Mittelmark, Spree-Neiße, Uckermark; gE = gemeinsame Einrichtung. Größenklasse: Barnim, Dahme-Spreewald, Havelland, Märkisch-Oderland, Oberhavel, Oder-Spree, Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming. Quelle: Haushaltspläne der 14 Brandenburger Landkreise (vgl. Anhang 1); Einwohnerzahlen: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg; Berechnung der KGSt.

Anhang 10: Größenklasse – Produktbereiche je Einwohner:in 2026

Produktbereich	BAR	LDS	HVL	MOL	OHV	LOS	PM	TF	Median	Rang OHV
11 Innere Verwaltung	−136	−110	−156	−101	−180	−145	−145	−137	−141	8 / 8
12 Sicherheit und Ordnung	−34	−53	−53	−28	−30	−50	−40	−58	−45	2 / 8
21-24 Schulträgeraufgaben	−187	−149	−125	−245	−174	−152	−176	−168	−171	5 / 8
25-29 Kultur und Wissenschaft	−14	−19	−28	−18	−15	−30	−19	−16	−18	2 / 8
31-35 Soziale Hilfen	−160	−204	−144	−189	−155	−202	−174	−193	−181	2 / 8
36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	−498	−518	−541	−577	−320	−428	−491	−506	−502	1 / 8
41 Gesundheitsdienste	−29	−36	−24	−24	−20	−24	−25	−23	−24	1 / 8
42 Sportförderung	−3	−9	−4	−1	−2	−3	−1	−1	−2	4 / 8
51 Räumliche Planung und Entwicklung	−2	−17	−3	−1	−8	−3	−3	−4	−3	7 / 8
52 Bauen und Wohnen	−1	6	4	5	−5	11	0	6	5	8 / 8
53 Ver- und Entsorgung	−3	−6	0	−10	0	−3	−1	−5	−3	2 / 8
54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	−106	−113	−135	−98	−74	−83	−140	−107	−106	1 / 8
55 Natur- und Landschaftspflege	−9	−20	−8	−8	−12	−14	−9	−20	−11	5 / 8
56 Umweltschutz	0	–	−2	−3	−4	–	−11	−2	−3	5 / 6
57 Wirtschaft und Tourismus	−27	−18	−21	−5	−18	11	−15	−6	−16	5 / 8
61 Allgemeine Finanzwirtschaft	1.053	1.039	1.120	1.083	962	1.020	1.127	1.157	1.068	8 / 8
Ordentliches Ergebnis gesamt	**−156**	**−227**	**−120**	**−220**	**−54**	**−95**	**−123**	**−80**	**−122**	**1 / 8**
Fachproduktbereiche gesamt (ohne 61)	**−1.209**	**−1.266**	**−1.240**	**−1.303**	**−1.016**	**−1.115**	**−1.250**	**−1.238**	**−1.239**	**1 / 8**

Werte in € je Einwohner:in. Rang 1 = geringster Zuschussbedarf bzw. höchster Überschuss unter acht Landkreisen. Quelle: Haushaltspläne der 14 Brandenburger Landkreise (vgl. Anhang 1); Einwohnerzahlen: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg; Berechnung der KGSt.

Anhang 11: Größenklasse – Aufwandsarten und Entwicklung

Landkreis	Jobcenter	Personal 2024	Personal 2026	Veränd.	Sach-/DL 2024	Sach-/DL 2026	Veränd.	Transfer 2024	Transfer 2026	Veränd.
Barnim (BAR)	gE	340	368	8,3 %	146	197	35,4 %	1.570	1.666	6,1 %
Dahme-Spreewald (LDS)	gE	420	485	15,4 %	132	157	18,6 %	1.359	1.498	10,3 %
Havelland (HVL)	zkT	435	482	10,9 %	209	220	4,9 %	2.058	2.230	8,3 %
Märkisch-Oderland (MOL)	gE	324	350	8,1 %	87	100	15,4 %	1.633	1.795	10,0 %
Oberhavel (OHV)	**zkT**	**423**	**479**	**13,2 %**	**202**	**251**	**24,2 %**	**1.546**	**1.637**	**5,9 %**
Oder-Spree (LOS)	zkT	474	516	8,9 %	255	237	−6,7 %	2.067	2.297	11,1 %
Potsdam-Mittelmark (PM)	zkT	360	399	10,9 %	211	253	20,0 %	1.891	1.989	5,2 %
Teltow-Fläming (TF)	gE	395	435	10,0 %	83	113	36,2 %	1.475	1.649	11,8 %
Median		**408**	**457**	**10,4 %**	**174**	**208**	**19,3 %**	**1.601**	**1.731**	**9,1 %**

Werte in € je Einwohner:in; Veränderung vom Ergebnis 2024 (Jahresergebnis, vorläufiges Ergebnis bzw. Ansatz 2024; vgl. Anhang 1) zum Planansatz 2026. Median der Veränderung = mittlere Veränderungsrate der acht Landkreise. Quelle: Haushaltspläne der 14 Brandenburger Landkreise (vgl. Anhang 1); Einwohnerzahlen: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg; Berechnung der KGSt.

Anhang 12: Freiwillige Leistungsanteile laut Haushalt 2026

Produkt und Leistung	Ansatz 2026
11111 Leitungsstab: Partnerschaftliche Beziehungen	40.000 €
11111 Leitungsstab: Veranstaltungen	30.000 €
11111 Leitungsstab: Zuschuss Kinder- und Jugendbüro	150.000 €
12601 Brandschutz: Zuschuss Feuerwehrverband	15.000 €
12601 Brandschutz: Zuschuss Kreisfeuerwehrtag	5.000 €
24102 Schülerbeförderung: Zuschuss Landkreis	4.150.000 €
25201 Regionalmuseum Oberhavel	979.000 €
27201 Kreisergänzungsbibliothek	38.400 €
26301 Kreismusikschule	1.949.500 €
26301 Zuschuss Musikschule Hennigsdorf	102.300 €
28101 Kulturförderung	53.200 €
31100 Zuschuss Ehrenamtsrichtlinie	75.000 €
31302 Zuschuss Integrationsprojekte	826.600 €
36201 Landkreiseigene Ferienzeiten	102.200 €
36201 Personalkostenförderung u. a. Sozialarbeit an Schule, Lerngruppe+	3.846.800 €
36311 Zuschuss Kriseninterventionsteam	268.400 €
36311 Zuschuss Fachstelle Konsumkompetenz	248.000 €
36311 Lernwerkstätten	550.000 €
36321 Frühe Hilfen, Familienhebammen	186.000 €
36601 Objekt Neuglobsow: Unterhaltung, Bewirtschaftung, Personal	295.000 €
36601 Objekt Waldhof Zootzen: Zuschuss an Betreiber	150.000 €
41403 Zuschuss Netzwerk Gesunde Kinder	25.000 €
42101 Zuschuss Sportvereine	230.000 €
51100 Zuschuss Aktion Stadtradeln	5.000 €
54701 Zuschuss ÖPNV (ÖPNV-Vertrag)	16.946.000 €
57101 Zuschuss WInTO	2.859.000 €
57501 Zuschuss Brandenburgische Seenplatte	280.000 €
57501 Zuschuss Wasserinitiative Nordbrandenburg	25.000 €

Auszug aus der Übersicht des Haushalts ohne die drei übergreifenden Positionen Personalsachbudget (102,4 Mio. €), Fuhrpark (0,6 Mio. €) und allgemeine interne Kosten (4,5 Mio. €), da es sich nicht um abgegrenzte freiwillige Leistungsanteile handelt. Die Übersicht umfasst auch freiwillige Leistungsanteile innerhalb pflichtiger Aufgaben und ist deshalb nicht mit den Aufwendungen für freiwillige Aufgaben nach Bindungsgrad (Abschnitt 2.4) gleichzusetzen. Der Breitbandausbau (5,5 Mio. €, Produktbereich 57) ist in der Übersicht nicht enthalten. Quelle: Landkreis Oberhavel, Haushalt 2026, Übersicht „Wesentlich freiwillige Leistungsanteile unterschiedlicher Aufgabenarten auf einen Blick“.